

**HJAV-WAHL****22. April 2026****MIT EUCH. FÜR EUCH.****GEMEINSAM.****Wahlen zur Jugend- und****Auszubildendenvertretung**

Jahrestagung des dbb

4

Start von HRneu

6

13. SGBII-Änderungsgesetz

8



dbb
vorsorgewerk



dbb
vorteilswelt

Beste Vorteile. Beste Marken. Beste Rabatte.

Für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen **EXKLUSIVE VORTEILE**

Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen dauerhaft neue und attraktive Angebote zur Verfügung.

Einfach das Registrierformular unter dbb-vorteilswelt.de/register ausfüllen und die Club-Mitgliedschaft per E-Mail aktivieren.

Willkommen im dbb vorteilsClub!

- ✓ Shopping- und Erlebnisangebote in über 350 Markenshops
- ✓ Newsletter: Keine Mitgliedervorteile verpassen
- ✓ dbb autoabo: Das flexible Mobilitätskonzept

SHOPPING- UND ERLEBNISRABATTE

bis zu **21 %**
RABATT

home 24

bis zu **20 %**
RABATT



bis zu **20 %**
RABATT

GARDENA

Stand: 23. Februar 2026, Angebote freibleibend

Einfach sorgenfrei Auto fahren

dbb autoabo
powered by FINN



z.B.
DACIA DUSTER mild
hybrid 140 Journey ab

192€¹

pro Monat inkl. MwSt.



dbb-Mitglieder und Angehörige sparen
8 % Preisnachlass auf die Monatsrate



Rundum-Sorglos-Paket
Inklusive: Kfz-Steuer, Versicherung, Wartung, Inspektion, Reparaturen



Bequeme Lieferung:
Direkt an deine Haustür zum Wunschdatum.



Flexible Laufzeiten
Wähle zwischen 6 und 24 Monaten.

DYNAMISCHER STROMTARIF

Ihre Energie, Ihre Kontrolle

Täglich der günstigste Ökostrom: Mit Rabot Energy sparen Sie bis zu 40 % Stromkosten. Smarte Steuerung und transparenter Verbrauch über die App. Für alle Haushalte und E-Autos. Kein Smart Meter notwendig und monatlich kündbar.

Club-Vorteil: 59,88 €

(keine Servicegebühr für die ersten 12 Monate)

CLUB VORTEIL
59,88€
SPAREN



¹Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Bereitstellungskosten i.H.v. 1.500 €. Diese Kosten können entweder einmalig bei der Fahrzeugübergabe oder in monatlichen Raten bezahlt werden. Die Liefergebühr beträgt 299 € bei der Erstbuchung. Bei Folgebuchungen des laufenden Abos spart man die Liefergebühr. In der ausgewiesenen Monatsrate von 192 € ist der Rabatt für Mitglieder im dbb vorteilsClub berücksichtigt. Preisänderungen vorbehalten.
Stand: 23.02.2026



dbb-vorteilswelt.de/club



Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr feiern wir ein besonderes gewerkschaftliches Jubiläum: **das 40-jährige Bestehen der vbba-Frauenvertretung.**

Im August 1986 wurde das Frauenforum in der vbba gegründet und zwölf engagierte Kolleginnen aus den damaligen Bundesländern machten sich gemeinsam auf den Weg, **Gleichstellung, Frauenförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf** voranzubringen – nicht nur innerhalb unserer Gewerkschaft, sondern in der gesamten Bundesagentur für Arbeit.

Unter dem Titel „40 Jahre Frauenvertretung – Generationen im Wandel – Frauen im Aufbruch“ blicken wir gemeinsam in einem Sonderheft, welches Bestandteil dieses vbba-Magazins ist, auf die erfolgreiche Entwicklung und bleibende Bedeutung dieser Arbeit zurück.

Am **22. April** stehen die **Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV)** bei der Bundesagentur für Arbeit an. Gewählt werden örtliche JAV, die Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) - und natürlich auch die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV). Die vbba tritt hier erneut mit einer starken Liste an. In diesem Heft stellen wir euch die Kandidatinnen und Kandidaten ausführlich vor.

Nun liegt es an den Auszubildenden und Studierenden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen – **jede Stimme zählt!**

Zum 1. November letzten Jahres ist im Rahmen der **HR-Transformation** das Produktcenter Personalgewinnung offiziell an den Start gegangen. Trotz hohem Engagement der Kolleginnen und Kollegen läuft vieles nicht rund – und auch oft nur dank Unterstützung aus dem bisherigen Internen Service. Deshalb sollte die BA hier die verschiedenen Rückmeldungen ernst nehmen und ein ehrliches Resümee ziehen. Auch wenn dies bedeutet, die weitere Zeit- und Wellenplanung zu überdenken und ggf. anzupassen.

Im Februar konnte die **Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)** erfolgreich abgeschlossen werden – dank der aktiven Beteiligung und solidarischen Unterstützung unserer vbba-Mitglieder. Die Bundestarifkommission im dbb, in der die vbba mehrere Mitglieder stellt, hatte das Ziel, für die Beschäftigten der Länder ein **fares, ausgewogenes und zukunftsorientiertes Ergebnis** zu erzielen. Dieses Ziel wurde konsequent verfolgt und mit Erfolg umgesetzt. Das erzielte Ergebnis sorgt für Planungssicherheit und eine angemessene Wertschätzung der Leistungen aller Beschäftigten.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens hat die vbba über die sogenannte Verbändebeteiligung ihre zentralen Positionen zum geplanten **13. SGB II-Änderungsgesetz** eingebracht. Dabei haben wir als Fachgewerkschaft deutlich gemacht, dass insbesondere der Bereich Vermittlung seit Jahren unter politischem Aktionismus und ständig wechselnden Vorgaben leidet – inzwischen die 13. Änderung in 20 Jahren SGB II. Diese dauerhaften Neuerungen erhöhen den Druck auf die Beschäftigten erheblich, die unter ständig veränderten Bedingungen arbeiten und zugleich hohen Erwartungen gerecht werden müssen.

Statt immer neuer Eingriffe braucht es **stabile Rahmenbedingungen**, die den Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern verlässliche, professionelle und entlastende Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Vom 27. bis 29. Mai 2026 findet unser **Bundesgewerkschaftstag (BGT)** statt – das höchste Organ unserer Gewerkschaft, das alle vier Jahre zusammentritt.

Neben den turnusmäßigen Wahlen stehen in diesem Jahr insbesondere **wichtige und notwendige Modernisierungen unserer Satzung** im Mittelpunkt. Der entsprechende Entwurf wurde über mehr als ein Jahr hinweg gemeinsam erarbeitet – unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der vbba-Bundesleitung, der vbba-Landesgruppen, der vbba-Frauenvertretung, der vbba Jugend sowie der vbba-Seniorenvertretung. Auch mehrere Sitzungen des Bundeshauptvorstandes boten hierfür einen breiten und transparenten Rahmen.

Die geplante Neuausrichtung der Führungsstruktur auf Bundesebene soll unsere Gewerkschaft gezielt stärken und zukunftsfähig aufstellen, um den kommenden Herausforderungen noch besser begegnen zu können.

Eure vbba Bundesleitung

Inhalt

Editorial	3
vbba Informationen	
67. dbb Jahrestagung	4
Start von HRneu	6
Kommission zur Sozialstaatsreform	7
Rechtsanspruch unter Beschuss	7
SGB II aktuell	
Die 13. Änderung in 20 Jahren SGB II	8
vbba HPR	
Dezember	9
Januar	11
Februar	12
Arbeitskreis SGB III	
Praxisnahe Perspektiven bündeln	15
vbba Tarif	
31. Änderungsstarifvertrag unterzeichnet	17
Einkommensrunde TdL	19
vbba Jugend	
HJAV-Wahl	24
Update Kompakt	26
vbba Frauen	
Stoppt Mobbing am Arbeitsplatz	27
„One Billion Rising“ in Oranienburg	27
vbba Senioren	
Senioren Aktuell · Dezember 2025	28
Senioren Aktuell · Februar 2026	30
vbba Grundsatzkommission 1	
KI ist mehr als BAKIRA	32
vbba Landesgruppen	
Landesgruppe Bayern	33
Landesgruppe NRW	35
Landesgruppe RPS	35
Landesgruppe Berlin-Brandenburg	36
vbba Gruppen	
München	37
Nürnberg	37
Hof	38
RD Baden-Württemberg	38
Stuttgart	39
Hamburg	39
Flensburg	40
Jena	41
Berlin Süd	41
vbba Seminare	
Termin-Übersicht 2026	44
vbba Ansprechpartner	46
Impressum	46

vbba Informationen

67. dbb Jahrestagung

Starker Staat – krisenfest und bürgernah

„Wir sind verantwortlich für unsere Zeit, für unsere Demokratie“, rief Michel Friedman am 2. Tag die Teilnehmenden der dbb Jahrestagung in Köln zum Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf. „Er sei stolz auf das beste Grundgesetz der deutschen Geschichte.“

Dieses Grundgesetz bildet die Grundlage für einen funktionierenden Staat. Damit verweist er auch noch einmal auf das Motto der diesjährigen dbb-Tagung:

» „Starker Staat – krisenfest und bürgernah“

Für den dbb und die vbba steht fest, dass nur ein starker öffentlicher Dienst diesen Rechtsstaat garantieren kann. Dazu gehören ebenso ein starkes Berufsbeamtentum und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.

Aber nun der Reihe nach: eingeläutet wurde die Tagung durch den dbb-Neujahrsempfang in der Flora Köln. Dieser fand nach 20 Jahren zum letzten Mal in Köln statt. Nächstes Jahr wird man sich im bcc Berlin Congress Center in Berlin treffen. Zumindest einigen unserer Mitglieder der vbba aus den Jobcentern ist das bcc sehr gut vom alljährlichen Tag der Jobcenter bekannt.

Als gewerkschaftspolitischen Auftakt begrüßt Milanie Kreutz, stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende, alle Anwesenden am Montag-

morgen, insbesondere alle Ehrengäste aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft.

Oberbürgermeister Torsten Burmester freut sich, die Anwesenden in der Geburtsstadt von Konrad Adenauer, dessen Geburtstag sich dieses Jahr zum 150. Mal jährt, begrüßen zu dürfen. Er hofft aber dennoch, auch nach Berlin eingeladen zu werden. Er weist in seinen Worten auf eine wichtige Herausforderung des öffentlichen Dienstes – die fehlenden Finanzen – hin. Zu seinem Bedauern musste er bei seinem Amtsantritt im November 2025 eine Haushaltssperre verhängen. Er ist der Überzeugung, dass Modernisierung und Digitalisierung für die vielen Herausforderungen unabdingbar sind, denn:

„Wir brauchen in einer Demokratie Vertrauen, doch es wächst das Misstrauen!“, so Burmester.

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer fordert einen handlungsfähigen Staat. Die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert und wollen Rechtssicherheit und Stabilität. Der öffentliche Dienst ist nicht irgendeine Branche, sondern das Rückgrat des Landes. Wie anfällig die öffentliche Infrastruktur ist, hat der massive Stromausfall in Berlin gezeigt.

Das Berufsbeamtentum schützt den Rechtsstaat und die Menschen in diesem Staat. Denken wir nur an die vielen engagierten Polizistinnen und Polizisten, die unsere Sicherheit garantieren.



Die vbba-Teilnehmenden bei der dbb Jahrestagung.

Foto: Stephanie Rau



Der Bundesvorsitzende der vbba
Christian Löschner mit seiner Stellvertreterin
Stephanie Rau.

Foto: Stephanie Rau



Foto: Stephanie Rau

”

*„Wir sind verantwortlich
für unsere Zeit,
für unsere Demokratie.“*

Michel Friedman

“

Hinsichtlich Demographie und fehlendem Fachkräftemangel muss das Berufsbeamtentum und der öffentliche Dienst weiterentwickelt und modernisiert werden, attraktiv gestaltet werden. 600.000 Kolleginnen und Kollegen fehlen schon jetzt, 1,4 Millionen Beschäftigte gehen in den nächsten Jahren in Rente. Veränderungen wie Digitalisierung, Entbürokratisierung und effizienter Datenschutz gehen nur mit den Beschäftigten. Nur so ist der Staat stark, krisenfest und bürgernah.

Hinsichtlich der laufenden Tarifrunde der Länder forderte der Bundesvorsitzende die Politik auf, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Das Personal muss krisenfest gestärkt werden. Gefordert werden 7% Einkommensplus, mindestens 300€.

Mit Spannung wurde Innenminister Alexander Dobrindt erwartet. Er bekannte sich klar zum Berufsbeamtentum, verurteilte Angriffe gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

„Der Staat hat die Verantwortung hinter seinen Beschäftigten zu stehen“, so Dobrindt. Das sei die Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Staat. Er bedankt sich ausdrücklich für die engagierte Arbeit aller im öffentlichen Dienst.

Weiterhin wolle er die amtsangemessene Alimentation der Beamtinnen und Beamten des Bundes in „wenigen Wochen“ umsetzen. Es gäbe einfach keine Ausreden mehr. Es ist eine Frage der leistungsgerechten Entlohnung.

Auf die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten ging er in seiner Rede ein.

Er hält es für unabdingbar den öffentlichen Dienst zu modernisieren, die Digitalisierung auch unter Einsatz von KI voranzutreiben.

Teilnehmende hätten bei den zahlreichen Statements zum Berufsbeamtentum auf die Idee kommen können, dass nur Beamte im öffentlichen Dienst tätig sind. Dem ist natürlich nicht so, aber „Beamtenbaching“ ist derzeit groß in Mode. Vorstöße in Sachsen, die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer abzuschaffen, sind erst ein Anfang.

Dagegen hielt Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes NRW, der sich klar für das Berufsbeamtentum bei seinen Lehrerinnen und Lehrern aussprach. Gute Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Er hat z. B. seit seinem Amtsantritt 11.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Beamte können da eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden. Sie können verpflichtet werden. Er setzt auf eine starke Zusammenarbeit zwischen Land und Gewerkschaften.

Michael Ebling, Minister des Inneren und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz forderte ein größeres Krisenbewusstsein bei den derzeitigen geopolitischen Veränderungen, gab es doch vor Jahren die Flutkatastrophe im Ahrtal. Der Staat muss sich gegen Desinformationskampagnen, hybride Angriffe auf IT sowie Infrastruktur wehren können.

Hand auf's Herz, haben wir schon alle die empfohlene Notration für eventuelle Krisensituationen, wie z. B. 10 Liter Trinkwasser, Kerzen, Batterien usw.? Hier lautete der Appell an alle, sich mit bestehenden Leitlinien für Krisenfälle zu beschäftigen und zu Hause entsprechend auszurüsten.

Als Zeichen einer modernen zukunftsorientierten Gewerkschaft wurde Dr. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung eingeladen. Er hielt ein Impulsreferat und betonte vor allem die Veränderungsbereitschaft als Schlüssel zu Allem. Ausdrücklich bedankte er sich bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

„Sie sind die Infrastruktur des Fortschritts“, so Wildberger. „Dafür braucht es auch Fort- und Weiterbildung.“

Eines seiner Vorhaben ist z. B. die digitale Brieftasche, wichtige Nachweise, Personalausweis, Führerschein usw. auf dem Handy. Man darf gespannt sein.

Die vbba war auf der Jahrestagung gemäß ihrer starken Anzahl der Mitglieder vertreten. Vertreter der Bundesleitung, der Tariffkommission, Jugend, Frauen- und Seniorenvertretung hatten sich trotz Schnee- und Glatteischaos auf den Weg gemacht. Die teilweise großen Verspätungen oder ausgefallene Züge taten der Stimmung keinen Abbruch. In den Pausen wurde fleißig mit Gästen, anderen Gewerkschaften und Kooperationspartnern „genetworkt“.

Alle sind sich einig, das war eine sehr interessante Tagung mit vielen wertvollen Impulsen für unsere Gewerkschaftsarbeit.

Text: Kerstin Adjalian,
Bundesvorsitzende vbba-Frauenvertretung

Start von HRneu

Zeit für ein ehrliches Resümee

PC Personalgewinnung: Holpriger Start – Engagement trifft auf strukturelle Überlastung

Zum 1. November 2025 ist das Produktcenter Personalgewinnung (PC PG) gestartet. Dass neue Organisationseinheiten eine Anlaufphase benötigen, ist selbstverständlich.

» Nicht akzeptabel ist jedoch die aktuelle Situation – auch mehr als 100 Tage nach dem Start.

Bundesweite Rückmeldungen aus dem Personalbereich zeichnen ein eindeutiges Bild: **Die Teams im PC PG arbeiten am Limit, vielfach bereits darüber hinaus. Dies hat spürbare Auswirkungen auch auf die bisherigen Personalbereiche.**

Der Aufgabenumfang des PC PG steht in keinem Verhältnis zur vorhandenen Personalausstattung.

Zentrale Prozesse, Zuständigkeiten und Schnittstellen sind vielfach ungeklärt. Tragfähige Strukturen fehlen ebenso wie ausreichende technische und administrative Unterstützung. Zahlreiche Fragestellungen landen weiterhin im bisherigen Personalbereich, während es im PC PG häufig noch an ausreichender Qualifizierung fehlt – sowohl in der Rekrutierung als auch in der Administration.

Erschwerend kommt hinzu, dass das PC PG mit erheblichen Startnachteilen begonnen hat: Viele Stellen waren unbesetzt, teilweise wurden fachfremde Kolleginnen und Kollegen ohne ausreichende Vorbereitung eingesetzt. Übergänge erfolgten oft nahtlos und ohne Einarbeitung, in vielen Fällen mussten alte und neue Aufgaben parallel bewältigt werden. Hinzu kamen uneinheitliche Übergaben von Rückständen – teils wurden (auch aufgrund eigener Überlastung der IS Personal) bereits vor dem Start Rekrutierungsprozesse faktisch eingestellt und damit massiv Rückstände übergeben.

Für eine fachlich sorgfältige und qualitativ angemessene Aufgabenerledigung fehlt vielfach die notwendige Zeit. Auswahlverfahren werden häufig nicht mehr in der bisherigen Qualität durchgeführt (z. B. Verzicht auf Rollenspiele oder Präsentationaufgaben), auch weil vor Ort die Unterstützung in den Auswahlprozessen fehlt. Die Zusammenarbeit mit Dienststellenleitungen, Führungskräften und Gremien ist beeinträchtigt, ebenso die Kommunikation mit Bewerbenden – mit negativen Folgen für die Außenwahrnehmung.

Für diese Situation tragen die Beschäftigten im PC PG keine Verantwortung. Dass die Aufgaben überhaupt noch erfüllt werden können, ist vor allem ihrem außergewöhnlichen Engagement, der gegenseitigen Unterstützung sowie der Hilfe aus dem bisherigen Personalbereich zu verdanken. **Dauerhaft ist dieser Zustand jedoch nicht tragfähig.**

Die zusätzliche Übertragung der Nachwuchsrekrutierung hat die ohnehin schon angespannte Situation weiter verschärft. In Bezug auf die Rekrutierung von Auszubildenden und Studierenden sind vor Ort vielfach noch in der bisherigen Struktur routiniert viele Vorarbeiten und zum Teil auch Auswahlverfahren geleistet worden. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum diese Aufgabe mitten im laufenden Verfahren in die neue Struktur überführt wurde – mit absehbaren zusätzlichen Belastungen. Auch bei Ausbildungsmessen fehlen vielerorts die notwendigen Kapazitäten, was den Anspruch einer stärkeren Arbeitgebermarke konterkariert.

Zudem zeigt sich, dass teilweise Erwartungen geweckt wurden, die unter den aktuellen Bedingungen nicht erfüllbar sind. Themen wie Professionalisierung des Personalmarketings oder „Candidate Experience“ setzen stabile Grundlagen voraus – diese sind derzeit nicht ausreichend gegeben.



Quelle: Jaydeep Joshi, Pixabay

Die Zufriedenheit der Beschäftigten sowie der internen Kundinnen und Kunden leidet deutlich. Direkte Kritik wird aus Kollegialität häufig noch zurückhaltend geäußert, weil allen Beteiligten bewusst ist, dass die Ursachen strukturell sind und nicht bei den Mitarbeitenden vor Ort liegen. Denn vielfach versuchen diese mit viel persönlichem Einsatz zu retten, was oft nicht mehr zu retten ist. Vor diesem Hintergrund sind vereinzelte Berichte über **unkollegiales Verhalten besonders inakzeptabel.**

Die anhaltend hohe Belastung – ohne Aussicht auf Besserung – bleibt nicht folgenlos: Erste gesundheitliche Beeinträchtigungen und steigende Krankheitsausfälle werden berichtet. Zudem denken offenbar nicht wenige Beschäftigte über einen Wechsel des Bereichs oder sogar über ein Verlassen der BA nach – oder sind schon „geflüchtet“. Dies verschärft die Situation für die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen zusätzlich.

» Die aktuelle Situation ist nicht länger tragbar.

Wir fordern daher kurzfristig wirksame Maßnahmen:

- eine **spürbare personelle Verstärkung** des PC PG,
- eine **klare Strukturierung und Standardisierung der Prozesse und Schnittstellen**,
- **verbindliche und zeitnahe Qualifizierungsangebote** für alle Beschäftigten,
- eine **deutliche Verbesserung der technischen Unterstützung**,
- eine **realistische Priorisierung der Aufgaben** mit sofortiger Entlastung der Teams.

Angesichts dieser gravierenden Probleme im PC PG ist derzeit nicht erkennbar, wie die geplanten weiteren Produktcenter „Nachwuchskräfte“ und „Lernen“ bereits im Mai oder das „Personalservicecenter“ ab Anfang 2027 unter den gegebenen Bedingungen erfolgreich starten sollen.

» Deshalb sollten die Verantwortlichen der BA innehalten, die verschiedenen Rückmeldungen der Betroffenen, der Gremien sowie auch der Kundinnen und Kunden sammeln, bewerten und ein ehrliches Resümee ziehen. Auch wenn dies bedeutet, Zeit- und Wellenplanungen zu überdenken und ggf. anzupassen.

Die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen und die Funktionsfähigkeit des Personalbereichs insgesamt dürfen nicht weiter aufs Spiel gesetzt werden. Jetzt ist entschlossenes Handeln erforderlich.



Kommission zur Sozialstaatsreform

Ruhe bewahren, Kompetenz nutzen, Beschäftigte beteiligen



Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Sozialstaatsreform hat in der vergangenen Woche ihren Bericht an Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas übergeben. Darin schlägt sie vor, den Sozialstaat effizienter, bürgerfreundlicher und transparenter zu gestalten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Digitalisierung und Modernisierung der Sozialverwaltung.

Während einige Empfehlungen auf den ersten Blick sinnvoll und zügig umsetzbar erscheinen, stoßen andere auf erhebliche Diskussionen – sowohl in den Medien als auch innerhalb der Bundesagentur für Arbeit. Besonders die geplante Neuordnung der Zuständigkeiten sorgt bei Beschäftigten in Jobcentern und Familienkassen für Verunsicherung.

Kern des Vorschlags ist, künftig alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Jobcentern zu betreuen, während nicht erwerbsfähige Menschen vollständig in die Verantwortung der Sozialämter übergehen sollen. Damit wären deutliche Aufgabenverschiebungen verbunden: Mehrbelastungen in den Jobcentern sowie mögliche Aufgabenverluste in den Familienkassen, etwa durch die automatisierte Kindergeldgewährung und die Integration des Kinderzuschlags in ein neues Leistungssystem.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich mit **Vanessa Ahuja** die zuständige Vorständin mit einer Videobotschaft (**Intranet der BA**) an die Kolleginnen und Kollegen der Familienkasse gewandt hat.

Zudem hat sie – gemeinsam mit den anderen BA-Vorständen **Andrea Nahles, Dr. Katrin Krömer** und **Daniel Terzenbach** – auch einen Beitrag im BA-Vorstandsblog (**Intranet der BA**) veröffentlicht.

Die Vorstandsvorsitzende der BA Andrea Nahles ordnet zudem im „Interview der Woche“ (**ARD-Audiothek**) die Empfehlungen der Sozialstaatskommission und deren Umsetzbarkeit ein.

Viele Fragen zur konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der Empfehlungen sind weiterhin offen. **Anlass zur Panik besteht jedoch nicht.** Maßgeblich ist ein realistisches, schrittweises und fachlich fundiertes Vorgehen. Als Fachgewerkschaft fordern wir, dass die Interessen der Beschäftigten in Jobcentern und Familienkassen bereits im Gesetzgebungsprozess verbindlich berücksichtigt werden. Die Einbeziehung der Meinung und Expertise der vbba ist dabei Voraussetzung für tragfähige Lösungen.

» Als vbba werden wir den Reformprozess eng begleiten und uns über unsere eigenen Kanäle sowie gemeinsam mit dem dbb aktiv in die politische Diskussion einbringen – mit dem klaren Ziel, Sicherheit, Praktikabilität und verlässliche Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

Bericht der Kommission zur Sozialstaatsreform:



Rechtsanspruch unter Beschuss

Diskussion über Teilzeit: Schluss mit der Schlagzeilenpolitik

Der CDU-Wirtschaftsflügel stellt den Rechtsanspruch auf Teilzeit infrage – mit Verweis auf Fachkräftemangel und wirtschaftlichen Druck. Eine Debatte, die komplexe Arbeitsrealitäten auf eine einfache Forderung reduziert.

Teilzeitarbeit ist kein „Lifestyle“ oder Ausdruck mangelnder Leistungsbereitschaft, sondern häufig die Folge unzureichender Betreuungsinfrastruktur, unbezahlter Sorgearbeit sowie zunehmender gesundheitlicher und psychischer Belastungen. Diese Realitäten auszublenden und Teilzeitarbeit zu diskreditieren, verschärft bestehende Ungleichheiten – insbesondere zulasten von Frauen.

Der dbb-Bundesvorsitzende **Volker Geyer** und **Milanie Kreutz**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, stellen der Teilzeit-Debatte eine **klare gewerkschaftliche Position** entgegen: Sie kritisieren eine Politik, die strukturelle Probleme ausblendet und stattdessen Beschäftigte unter Druck setzt. Teilzeitarbeit werde diskreditiert, unbezahlte Sorgearbeit, fehlende Betreuung und gesundheitliche Belastungen ignoriert – mit besonders schweren Folgen für Frauen.

» Die vbba und die vbba-Frauenvertretung schließen sich der Stellungnahme unseres gewerkschaftlichen Dachverbands dbb ausdrücklich an.

Als **Fachgewerkschaft** setzen wir uns gemeinsam mit dem dbb dafür ein, Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Vereinbarkeit, Gesundheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen, anstatt bewährte Schutzrechte infrage zu stellen.



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

SGB II aktuell

Die 13. Änderung in 20 Jahren SGB II

Stellungnahme der vbba im Rahmen der Verbändebeteiligung beim Gesetzgebungsverfahren

Im Rahmen der Verbändebeteiligung zum geplanten 13. SGB II-Änderungsgesetz hat die **vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales** ihre zentralen Positionen eingebracht.

Dabei macht sie deutlich, dass insbesondere der Bereich Vermittlung seit Jahren durch politischen Aktionismus und ständig wechselnde Vorgaben {und „Zahlenwahnsinn“} belastet wird. Diese fortlaufenden Veränderungen erhöhen den Druck auf die Beschäftigten erheblich, da sie unter ständig wechselnden Bedingungen beraten und gleichzeitig hohe Erwartungen erfüllen müssen. Statt immer neuer Eingriffe brauche es **stabile Rahmenbedingungen**, die den Beschäftigten in den Jobcentern eine **verlässliche, professionelle und entlastende Arbeitsweise** ermöglichen.

Die Verschärfung von Leistungsminderungen wird von vielen Beschäftigten positiv wahrgenommen, jedoch birgt sie auch Gefahren. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass **verschärfte Sanktionen häufig zu mehr Diskussionen, Belastungssituationen und teils aggressivem Verhalten gegenüber den Mitarbeitenden** führen können. Aus Sicht der vbba ist daher klar: Solche Veränderungen sind nur dann verantwortbar, wenn zugleich ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen bereitgestellt werden.



Vor diesem Hintergrund fordert die vbba deutlich mehr Personal und eine spürbare Erhöhung des Verwaltungskostenbudgets, damit Jobcenter rechtssicher, bürgernah und fachlich qualifiziert arbeiten können. Ohne ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung droht eine Verschärfung der Konflikte sowie ein weiterer Imageverlust der Jobcenter.



Ausführliche Stellungnahme der vbba:

vbba – auch stark im SGB II



vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

vbba – wir stehen für Vielfalt ein



HPR-Fraktion berichtet



DEZEMBER 2025

Die letzte HPR-Sitzung des Jahres 2025 fand im vorweihnachtlichen und von vielen Touristen besuchten Nürnberg statt. Die Sitzung selbst verlief jedoch in gewohnt ruhigem und routiniertem Rahmen.

Nach intensiven Verhandlungen in den vergangenen Monaten besteht nun endlich Klarheit über den Personalhaushalt 2026 der BA – sowohl im SGB III einschließlich der Familienkassen als auch im SGB II. Voraussichtlich am 10. Dezember 2025 wird die Bundesregierung den vom Verwaltungsrat am 7. November 2025 festgestellten Haushalt genehmigen. Damit besteht die erforderliche Sicherheit für die Personalplanung in allen Rechtskreisen, auf allen Ebenen und für alle Fachbereiche der BA. Erfreulich ist, dass angesichts der hohen Arbeitsbelastung in den konjunktur-reagiblen und weiteren stark beanspruchten Bereichen zusätzliche – wenn auch befristete – Beschäftigungsmöglichkeiten gewonnen werden konnten. Die **Stellungnahme des HPR** zum Personalhaushalt 2026 ist bereits veröffentlicht, und auch die **Antwort der Verwaltung** darauf liegt inzwischen vor. Beides ist im **Social Intranet** eingestellt.

Seit gut einem Monat ist das **Produktcenter Personalgewinnung** (PCPG) aktiv und verantwortet nun alle internen und externen Bewerbungsverfahren. Aktuell läuft jedoch noch nicht alles reibungslos: Die Beteiligungswege der Personalvertretung sind vielerorts unklar, Informationen zu einzelnen Verfahren sind oft unvollständig und auch die Abläufe selbst müssen sich erst einspielen. Wir erwarten hier zeitnah klare Strukturen und verlässliche Kommunikationswege.

Gleichzeitig ist uns wichtig zu betonen: Für viele Kolleginnen und Kollegen im PCPG ist die Aufgabe als Recruiterin oder Recruiter neu. Fehler und Verzögerungen können in dieser Anfangsphase auftreten. Mit Unterstützung erfahrener Mitarbeitender und Führungskräfte werden sich diese Schwierigkeiten jedoch bald lösen lassen.

Leider erreichen uns Berichte, dass die durch das Zukunftsprojekt intern (ZuPi) angestoßene erste Welle in der Transformation des Personalbereichs teilweise zu einem unkollegialen Umgang mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen im PCPG führt. Das darf nicht passieren.

» **Unser deutlicher Appell lautet daher: Begegnen Sie einander respektvoll, konstruktiv und mit einem angemessenen Ton – gerade dann, wenn Fehler passieren, Informationen fehlen oder Verfahren länger dauern. Kollegialität darf nicht an Transformationsprozessen scheitern.**

In der Dezember-Sitzung konnten wir **Wolfgang Nörenberg** (Stab Recht-Justizariat/Compliance/Interne Ermittlungen/Enterprise Fraud Management), **Daniela Kehrein** (Fachbereich Interne Ermittlungen) sowie **Erich Maierhofer** (Fachbereich Enterprise Fraud Management) begrüßen. Sie berichteten eindrucksvoll über ihre anspruchsvolle Arbeit bei internen Ermittlungen gegen Beschäftigte sowie bei Fällen von externem Leistungsmissbrauch. Die dabei entstandenen Schadenssummen sind teilweise erschreckend.

In diesem Zusammenhang wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Vorgaben zur **Kassensicherheit** ernst zu nehmen und sich streng daran zu halten, um nicht ungewollt Betrugsfälle zu unterstützen. Bitte achten Sie insbesondere bei Freigaben im Vier-Augen-Prinzip auf sorgfältige Prüfung, lassen Sie Ihre Dienstkarte nicht unbeaufsichtigt am PC zurück und geben Sie keinerlei Kennungen weiter. So schützen Sie sich selbst davor, unbeabsichtigt Missbrauch zu begünstigen.

Auch wenn wir alle durch unseren Arbeitsvertrag oder Dienstzeit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet sind, gibt es leider auch in der BA sehr seltene Einzelfälle, dass Mitarbeitende sich extremistischen, verfassungsfeindlichen Organisationen (z.B. den sog. Reichsbürgern) zuwenden. Sollten Sie den Verdacht haben, dass Kolleginnen oder Kollegen verbotene Symbole oder Slogans verwenden oder anderweitig gegen geltende Gesetze verstoßen, informieren Sie bitte umgehend ihre Führungskraft. Fertigen Sie jedoch niemals eigene „Beweisfotos“ an oder speichern entsprechende Dokumente – Sie bringen sich damit selbst in den Besitz verbotenen Materials und könnten entsprechend belangt werden.

Wir als HPR-Fraktion der vbba wissen aus direkten Gesprächen, Besuchen, Telefonaten und unzähligen E-Mails, wie viel Sie alle im herausfordernden Jahr 2025 geleistet haben. Vieles davon ging weit über das hinaus, was eigentlich zumutbar ist. Gleichzeitig belasten Unsicherheiten und neue Aufgaben im beginnenden Reformprozess den Arbeitsalltag zusätzlich.

Dennoch leisten Sie tagtäglich engagierte, professionelle und wertvolle Arbeit. Dafür haben wir großen Respekt!

Weitere Informationen aus der Dezember-Sitzung

Personalhaushalt der BA für das Jahr 2026 – Personalwirtschaftliche Maßnahmen für den Bereich der Arbeitslosenversicherung und der Familienkasse

Am 7. November hat der Verwaltungsrat der BA den Haushalt für 2026 festgestellt, voraussichtlich am 10. Dezember 2025 wird die Bundesregierung ihn genehmigen. Die konkreten Haushaltsmittel (Stellen bzw. Ermächtigungen) sowie deren Verteilung auf die RD-Bezirke bzw. die regionalen Einheiten werden mit einer Weisung nach der Genehmigung des Haushaltes veröffentlicht.

Soweit vorhanden dienen die Ergebnisse der durchgeführten Personalbedarfsmittlungen (PBE) sowie die Quantifizierung von Erfüllungsaufwänden für neue gesetzliche Aufgaben als Grundlage für die Stellenausstattung der Dienststellen im jeweiligen Bezirk der Regionaldirektion. Für Fachbereiche, in denen noch keine PBE durchgeführt wurde, werden die Personalbedarfe auf Grundlage der erwarteten Zahlen an Kunden bzw. Anträgen oder Aufträgen kalkuliert – auf Basis der Eckwerte der Herbstprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung.

» Wir begrüßen, dass in den besonders konjunkturreagiblen Aufgabenbereichen AlgPlus, Eingangszonen, Servicecenter und der Arbeitnehmerorientierten Arbeitsvermittlung Personalressourcen über die PBE-Ergebnisse hinaus zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch nur befristet, ist dies eine erforderliche Reaktion auf die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen.

Erprobungskonzept „Reduktion der telefonischen Erreichbarkeit des Arbeitgeber-Service (AG-S) an Freitagnachmittagen“

Im Rahmen der Gremienbeteiligung zur (Konkretisierungs-)Weisung zur Arbeitgeber-Arbeit 2025 wurde zwischen dem Hauptpersonalrat und dem Vorstand Regionen in der Februarsitzung eine Erprobung zur Einschränkung der Erreichbarkeit des Arbeitgeber-Service an Freitagnachmittagen ab 14 Uhr für die Servicenummer 0800 4 5555 20 vereinbart.

Der Prozess hat sich nun fast ein Jahr hingezogen. Der angestrebte Erprobungszeitraum umfasst 6 Monate – vom 15.12.2025 bis 14.06.2026. Die Agenturbezirke Bochum, Berlin Nord, Berlin Mitte und Berlin Süd wurden als Erprobungsstandorte ausgewählt.

Mit der Erprobung soll überprüft werden, welche Auswirkungen eine Absenkung der Servicezeit am Freitag auf die arbeitgeberorientierte Servicequalität und ihre Wirkung hat. Die technische Umsetzung wird zentral beauftragt. Auf der Servicenummer anrufende Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden dann freitags nach 14 Uhr automatisch auf die Voicebox geleitet.

Das Ergebnis der Erprobung wird dem HPR nach abgeschlossener Auswertung bekanntgegeben.

Neuer Steuerungsansatz für Anträge auf Arbeitslosengeld / „First in- First Out“ Prinzip

Im Rahmen einer Untersuchung der Internen Beratung wurde festgestellt, dass sich unterschiedliche Arbeitsabläufe zur Steuerung der Anträge auf Arbeitslosengeld in den Operativen Service (OS) etabliert haben. Verbindliche und vergleichbare Steuerungsstrukturen sind jedoch zielführend und hilfreich. Dies unterstützt auch die Organisation von Lastausgleichen zwischen den Regionen.

Im Laufe des Jahres 2026 wird in den OS die Steuerung der Alg Anträge nach dem „First in First out Prinzip“ (Eingangsmodell) umgestellt. Hier wird nach Eingang des Antrages gesteuert, so dass unverzügliche (ggf. vorläufige) Antragsbewilligungen möglich sind. Die Umstellung

der Steuerung ist spätestens bis zum 30.11.2026 unter lokaler Risikobewertung abzuschließen und von den Regionaldirektionen fachlich zu begleiten. Insbesondere die Mitarbeitenden sind bei der Vorbereitung/Planung, Umsetzung und Stabilisierung/Verankerung zu beteiligen.

Ziel ist es, einen einheitlichen, vergleichbaren und effizienten Steuerungsansatz für Alg Anträge zu etablieren, um durch eine fristgerechte und schnelle Vorgangsbearbeitung eine hohe Kundenzufriedenheit zu erzielen und das Kundenportal durch weniger Nachfragen der Kunden und Kundinnen zu entlasten. Auch die Organisation von Lastausgleichen zwischen den Regionen soll hierdurch besser unterstützt werden. Gleichzeitig soll der neue Steuerungsansatz durch die Vorgabe klarer und einfacher Mindestprozessstandards und einer verpflichtend einzuführenden Postkorbstruktur auch für die Mitarbeitenden leichter und effizienter sein.

Voraussetzung für die Umstellung ist eine beherrschbare Rückstandssituation, die vor der Umsetzung anzustreben ist.

» Grundsätzlich begrüßen wir die Maßnahme, die geeignet erscheint, Kundenrückfragen zur Bearbeitung des Antrags auf Arbeitslosengeld insbesondere im Kundenportal und der Arbeitsvermittlung zu reduzieren und somit die Gesamtorganisation zu entlasten.

Um eine Umstellung ohne unnötigen Druck zu ermöglichen, hat der HPR erreicht, dass die „unverzügliche Antragsbewilligung“ nicht als freies Ziel vereinbart werden soll.

Änderung des Mindestzuschusses beim Deutschland-Ticket als Jobticket

Aufgrund der Preiserhöhung des Deutschland-Tickets zum 01.01.2026 wird der arbeitgeberseitige Mindestzuschuss zum Deutschland-Ticket als Jobticket auf zukünftig 15,75 Euro erhöht. Leider ist eine zentrale Anpassung der Zuschuss Höhe im Abrechnungssystem nicht möglich, so dass die Internen Services Personal diese in jedem Einzelfall veranlassen müssen.

» Es ist sehr bedauerlich, dass dieser Aufwand in Zeiten von Umstellungsarbeiten zur Einführung der digitalen Personalakte sowie der neuen Strukturen im Zukunftsprojekt Intern ohne eine technische Lösung von unseren Kolleginnen und Kollegen im Internen Service Personal manuell betrieben werden muss.

Archivierung und Löschung dezentraler BK-Vorlagen

Das Verfahren BK-Text spielt für die meisten Bereiche in der BA eine große Rolle, sei es, um Schreiben an Kundinnen und Kunden zu erstellen, intern zu kommunizieren oder einfach eine Entscheidung in der E-Akte festzuhalten. Zukünftig soll dieses Verfahren in der BA abgelöst werden.

Ein wichtiger Gelingensfaktor dabei ist eine Automatisierung der Archivierung und Löschung dezentraler Vorlagen in den Agenturen und Jobcentern, welche nicht weiter genutzt werden.

Zukünftig werden Vorlagen automatisch archiviert, welche zu geringe Nutzungszahlen (0 bis 50) aufweisen oder denen eine Makrosignierung fehlt. Die für die Vorlage Verantwortlichen werden über die Archivierung informiert und haben noch die Möglichkeit, eine Löschung aufzuhalten. Um eine Vorlage zu reaktivieren, sind mehrere Bedingungen zu erfüllen: Es darf keine zentrale Vorlage geben, welche stattdessen genutzt werden kann. Die inhaltliche und fachliche Aktualität ist sicherzustellen. Sie muss eine gültige Makrosignatur vorweisen und die Reaktivierung muss genau begründet werden.

Die ersten Archivierungen finden im Januar und Februar nächsten Jahres statt, die dazugehörigen Löschläufe im August und September.



Modernisierung KIWI: „Trennung Fall – Person“

Das IT-Verfahren KIWI besteht seit 2007 und wurde seitdem fachlich nicht grundlegend modernisiert. Um flexibel auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können, ist eine Weiterentwicklung notwendig. Für die Anwenderinnen und Anwender soll mehr Transparenz hergestellt werden, um sie bei der fachlichen Entscheidung IT-technisch zu unterstützen und sie von redundanten Dateneingaben zu entlasten.

Ziel des Modernisierungsvorhabens ist es, KIWI zukunftsfähig zu machen und sich veränderten Rahmenbedingungen leichter anpassen zu können. Durch die vorgesehene Trennung von Fall- und Personendaten soll das IT-Verfahren bezüglich der Leistungsarten flexibler werden. Zudem soll das Vorhaben eine Verbesserung der Datenqualität und damit einhergehend besseren Schutz vor Doppelbezug bieten.

„Trennung Fall – Person“ bietet erstmals die Möglichkeit, in KIWI Personen unabhängig von Fällen zu bearbeiten. Jede Person ist nur einmal in der Datenbank vorhanden und hat demzufolge auch in allen Anwendungsfällen dieselben Daten. Alle Änderungen der persönlichen Daten werden künftig an der Person erfolgen. Für die Bearbeitung der Person wird es dann neue Masken geben.

Zudem soll eine Personenhistorie eingeführt werden. Veränderungen an den Personendaten werden dann künftig nicht mehr mittels Verfügung an die E-AKTE übergeben, sondern in KIWI gespeichert, so dass alle Änderungen an der Person auch direkt in KIWI nachvollzogen werden können.

Eine grundlegende Veränderung ergibt sich auch beim Zugriff auf Fall- und Personendaten: Bisher konnten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bundesweit alle (nicht geschützten) Fälle lesend öffnen.

Aus Gründen des Datenschutzes darf künftig nur noch die zuständige Familienkasse auf Personen und Fälle zugreifen. Ein bundesweites Lese-recht für regionale Familienkassen besteht dann nicht mehr.

» Diese Einschränkung sehen wir kritisch, weil zu erwarten ist, dass das die Abläufe in der Familienkasse teilweise deutlich erschweren wird und Prozesse aufwändiger macht. Der Fachbereich verwies darauf, dass es sich um eine Umsetzung von Datenschutzbestimmungen handelt. Deshalb haben wir hier leider trotz ausführlicher Argumentation keine Änderung erreichen können.

Die Produktivsetzung soll mit der Programmversion im März 2026 erfolgen. Bis dahin sollen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befähigt werden.

JANUAR 2026

Wir hoffen und wünschen Ihnen, dass Sie gut und gesund in das Jahr 2026 starten konnten! Vielleicht mit der Möglichkeit, die schönen Seiten des Winterwetters der letzten Wochen für private Aktivitäten nutzen und sich daran erfreuen zu können.

Nun sind die Routine und der Arbeitsalltag für die meisten von uns wieder eingeleitet. So trafen sich die Mitglieder des HPR zur ersten Sitzung im Jahr 2026 in Nürnberg.

Für einige von uns war die Anreise mit erschwerten Bedingungen aufgrund von Glatteis auf dem Weg nach und innerhalb von Nürnberg verbunden. Eine Situation, mit der wir wahrlich nicht allein zu kämpfen hatten.

Eines kann schon nach der ersten HPR-Sitzung 2026 festgestellt werden, ohne Spekulationen zu verbreiten: Die Reformprozesse in der BA werden weiter intensiv, mit ambitionierten Prozessen und Zielen sowie teils hohem zeitlichen Druck weiterverfolgt werden.



Wir werden diese Prozesse sehr aufmerksam und ebenfalls intensiv begleiten. Wir bieten weiterhin unsere Mitarbeit und Gesprächsbereitschaft an - über die formalen Beteiligungsrechte hinaus. Bezugnehmend auf die gerade beschriebene Wetter-Situation: Wir tun alles, damit Sie und wir nicht aufs Glatteis geführt werden. ☺

Gewerkschaftlich begann 2026 mit der dbb-Jahrestagung in Köln. Die vbba war mit Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesleitung, dem Tarifbereich, den Landesgruppen sowie der Frauen-, Jugend- und Seniorenvertretung in Köln dabei.

Gemeinsam mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft haben wir uns zwei Tage lang intensiv zum Thema „**Starker Staat – krisenfest und bürgernah**“ ausgetauscht.

Für die Beamtinnen und Beamten besonders interessant dürfte der Auftritt von Bundesinnenminister Dobrindt gewesen sein. Er sagte, das BMI wolle die **amtsangemessene Alimentation** der Beamtinnen und Beamten des Bundes „in einigen Wochen“ umsetzen.

Informationen und Videomitschnitte der Jahrestagung gibt es auf der [Homepage des dbb](#).

Steuerabzug für Januar 2026 teilweise falsch berechnet: Bei der Einführung des elektronischen Meldeverfahrens für die Daten der privaten Kranken- und Pflegeversicherungen ab Januar 2026 gab es bundesweit – und damit auch bei der BA – verschiedene Probleme. So wurden z.B. nicht von allen Krankenversicherungen die Daten rechtzeitig an das Bundeszentralamt für Steuern gemeldet oder bereits gemeldete Daten dort nicht bzw. nur verzögert bearbeitet.

Aus diesem Grund sind teilweise Beiträge nicht bei der Ermittlung der Vorsorgepauschale für die Lohnsteuerberechnung ab Januar 2026 berücksichtigt worden. Dies führte in der Regel zu einem erhöhten Steuerabzug, da auch die Mindestvorsorgepauschale ab dem 1. Januar 2026 entfällt. Nach Verarbeitung der noch ausstehenden Meldungen wird die Lohnsteuer automatisch rückwirkend Neuberechnet und ggf. zu viel gezahlte Lohnsteuer erstattet. Dies geschieht voraussichtlich mit den Februar-/Märzbezügen.

Weitere Informationen aus der Januar-Sitzung

Bekanntgabe der Änderungstarifverträge zum TV-BA, TVN-BA, TVÜ-BA sowie des Bewertungskatalogs für Beamtinnen/Beamte der BA

Hinter dieser sperrigen Überschrift verbirgt sich die formale Bekanntgabe des Ergebnisses der Tarifverhandlungen mit den vertragsschließenden Gewerkschaften im Rahmen der Gehaltsrunde 2025.

Hier die erfreulichen Details für den Tarifbereich:

- Die Festgehälter wurden bereits ab 1.4.2025 um **3,0 % erhöht**, Funktionsstufen um **3,11 %**.
- Ab 1.5.2026 werden Festgehälter und Funktionsstufen um weitere **2,8 % erhöht**.
- Ab dem Kalenderjahr 2027 erhöht sich außerdem der Urlaubsanspruch für Tarifbeschäftigte auf **31 Arbeitstage** (bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche)
- Auch bei den Jahressonderzahlungen gibt es ab 2026 Erhöhungen:
 - > Tätigkeitsebenen VIII bis V **auf 95 %**,
 - > Tätigkeitsebenen IV bis II **auf 90 %**,
 - > Tätigkeitsebene I **auf 75 %**

Mit dieser Neuregelung wird ein **Zeit-statt-Geld-Wahlmodell** eingeführt, bei dem Tarifbeschäftigte einen Teil der Jahressonderzahlung im Wert von bis zu drei freien Tagen umtauschen können. Weitere Hinweise dazu erfolgen noch.

- 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist nun rückwirkend zum 01.08.2025 endlich auch die längst überfällige **Angleichung der Arbeitsbedingungen für das Tarifgebiet Ost** bei befristeten Arbeitsverträgen und der Voraussetzungen für die ordentliche Unkündbarkeit an die Regelungen für das Tarifgebiet West erfolgt. Der besondere tarifliche Kündigungsschutz wird nun auf alle Beschäftigten der BA im Geltungsbereich des TV-BA unabhängig ausgeweitet. Voraussetzung ist die Vollendung des 40. Lebensjahres und das Überschreiten einer Beschäftigungszeit von 15 Jahren. Beschäftigte, die die Voraussetzungen erfüllen, können arbeitgeberseitig nur außerordentlich, d.h. aus wichtigem Grund, gekündigt werden.

Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen/Beamten der BA

Die Bundesregierung hat am 3.9.2025 beschlossen, dass das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf die Bundesbesoldung und -versorgung **zeitgleich und systemgerecht** übertragen wird. Sie hat sich zugleich damit einverstanden erklärt, für die im Jahr 2025 und im Jahr 2026 vorgesehene Erhöhung der Bezüge **Abschlagszahlungen** zu leisten.

Seit Dezember 2025 wurden nun Abschläge auf einen ersten linearen Anpassungsschritt mit einer **Erhöhung um 3,0 %**, rückwirkend zum 1.4.2025 gezahlt, weitere Abschläge gibt es dann zum zweiten linearen Anpassungsschritt ab 1.5.2026 mit einer **Erhöhung um 2,8 %**.

Da die Abschläge im Vorgriff auf ein Gesetz zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Bundesbesoldung und -versorgung gezahlt werden, stehen die Zahlungen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Inkrafttretens einer späteren entsprechenden gesetzlichen Regelung. Nach Inkrafttreten des angekündigten Gesetzes zur Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge wird eine Verrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen vorgenommen.

Zur Erhöhung des Urlaubsanspruchs und dem Zeit-statt-Geld-Wahlmodell werden leider derzeit noch keine Aussagen gemacht. Hier muss die gesetzliche Regelung abgewartet werden.

Auch für **Nachwuchskräfte** gab es deutliche Verbesserungen.

- Die Ausbildungsvergütung für Auszubildende wird ab 1.4.2025 sowie ab 1.5.2026 jeweils um einen Festbetrag in Höhe von **75 Euro** erhöht. Die monatliche Vergütung der Studierenden wird ab dem 1.4.2025 um **75 Euro** und ab dem 1.5.2026 um **weitere 30 Euro** erhöht.
- Die monatliche Pauschale für Übernachtungskosten wird ab 1.5.2026 um **45 Euro** erhöht. Der Anspruch besteht nur, wenn die BA nicht eine unentgeltliche Unterkunft bereitstellt.
- Ab dem Kalenderjahr 2027 beträgt der Urlaubsanspruch bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche in jedem Kalenderjahr **31 Arbeitstage**.
- Die BA hat sich mit Wirkung vom 1.8.2025 tarifvertraglich verpflichtet, alle Auszubildenden in den Ausbildungsberufen zur/zum „Fachangestellten für Arbeitsmarktdienstleistungen“ und zur/zum „Fachinformatiker/in“ und alle Studierenden nach Bestehen der Abschlussprüfung **in ein unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis** entsprechend der erworbenen Abschlussqualifikation **zu übernehmen**.
- Ab 1.7.2025 wird für die Auszubildenden nach dem TVN-BA der **Verpflegungszuschuss** für volle Kalendertage der Teilnahme an auswärtigen Bildungsmaßnahmen und notwendiger Unterbringung am auswärtigen Ausbildungsort erhöht. Die Höhe des Verpflegungszuschusses bemisst sich in entsprechender Anwendung der für die Beschäftigten der BA geltenden Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes.

Weitere Informationen und Details gibt es unter www.vbba.de

Untersagung externer KI-Systeme in der Bundesagentur für Arbeit

Künstliche Intelligenz (KI) gewinnt zunehmend an Bedeutung für die tägliche Arbeit und eröffnet vielfältige Möglichkeiten zur Unterstützung von Fach- und Verwaltungsprozessen. Insbesondere sogenannte General-Purpose-AI-Systeme (GPAI), die vielseitig und bereichsübergreifend einsetzbar sind, finden zunehmend Verbreitung. Gleichzeitig sind mit dem Einsatz frei verfügbarer, externer KI-Systeme vor allem im dienstlichen Kontext erhebliche Risiken für Informationssicherheit und Datenschutz verbunden, die von den Nutzerinnen und Nutzern häufig nicht ausreichend eingeschätzt werden können. Vor diesem Hintergrund ist ein verantwortungsvoller und klar geregelter Umgang mit KI unerlässlich.

Eine General Purpose AI (GPAI) ist eine Form der künstlichen Intelligenz, die darauf ausgelegt ist, eine Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben über verschiedene Anwendungsbereiche hinweg zu erfüllen (z. B. das Zusammenfassen von Texten). In der Regel ist ein GPAI-Modell (z. B. GPT-4o) Bestandteil eines KI-Systems. Dadurch wird das jeweilige KI-System zu einem System mit allgemeinem Verwendungszweck (z. B. ChatGPT).

Insbesondere KI-Systeme, die auf GPAI basieren, sind häufig frei verfügbar und verfügen über einen sehr breiten, nicht klar eingrenzenden Einsatzradius. Bei einer Nutzung im dienstlichen Kontext entstehen dadurch erhebliche Risiken für Informationssicherheit und Datenschutz. Aus diesem Grund untersagt die Bundesagentur für Arbeit grundsätzlich die Nutzung externer KI-Systeme. Diese erfüllen in der Regel nicht die Vorgaben des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Ebenso ist die Nutzung externer KI-Systeme auf privaten Endgeräten im beruflichen Kontext grundsätzlich untersagt.

Der Einsatz von KI ist in der Bundesagentur für Arbeit grundsätzlich möglich. Mit BAKIRA steht hierfür eine sichere und freigegebene Lösung zur Verfügung.

FEBRUAR 2026

Die sportlich interessierten Kolleginnen und Kollegen erleben gerade eine spannende Zeit. Gerade wurde noch mitgefiebert beim Finale der Handball Europameisterschaft. Nun haben die Olympischen Winterspiele in Italien begonnen, und natürlich wünscht man den Mitwirkenden die ein oder andere Medaille oder unerwartet gute Platzierungen als Erfolgserlebnis für die harte Arbeit und das Training der letzten Jahre.

Eine willkommene Abwechslung im Freizeitbereich, so wie es die Bayerischen Skimeisterschaften der BA auch waren. Wir haben von denen, die mit am Start, als Helfende oder als Zuschauerinnen und Zuschauer dabei waren gehört, wie viel Freude – auch am Rahmenprogramm – sie hatten. Sicher ist das der schönste Dank für das diesjährige Orga-Team. In einem ambitionierten BA-Jahr sind solche Ausgleich-Aktivitäten gut und wichtig.

Die Februar-Sitzung des Hauptpersonalrats war neben dem „Standardprogramm“ vom Austausch mit verschiedenen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern geprägt.

Dr. Regine Schmalhorst, Leiterin FGL, stand zur aktuellen **Situation in den Operativen Services (OS)** zum Austausch zur Verfügung. Erfreulich ist aus ihrer Sicht die aktuelle Situation im OS, da sie – in Bezug auf die Rückstände – die Beste seit 3 Jahren sei. Hier zeige sich, dass die erfolgte Auf-Personalisierung und die vorgenommenen Prozess-Standardisierungen, insbesondere die Umstellung auf „First in - First out“ (dort wo bereits eingeführt) zu Erfolgen führen. Insbesondere sei die Zahl der unerledigten Anträge deutlich gesunken. Aber dennoch bedeutet diese Verbesserung auch, dass die OS-Mitarbeitenden weiterhin einer starken, überdurchschnittlichen Belastungssituation ausgesetzt sind.

Es zeigt sich, dass das Engagement des HPR für zusätzliches Personal in den operativen Bereichen die von uns erwartete Wirkung zeigt. Überfällig, wenn man daran denkt, dass der OS viele Jahre in dieser Hinsicht stiefmüt-



terlich behandelt wurde. Verbesserungen der Prozesse sind richtig und wichtig, aber auch eine personelle Verstärkung in der Gesamtsituation sollte ein Handlungsfeld sein.



Um im sportlichen Vergleich zu bleiben: Ein Marathon ist schon zurückgelegt, einen Iron Man kann man (noch) nicht erwarten. Die engagierten Kolleginnen und Kollegen an den OS-Standorten haben eine bessere Lobby-Arbeit verdient, gerade wenn es aktuell um die Überlegungen zu künftigen (regionalen) Strukturen des OS geht.

Das **Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)** wird häufig nicht als ein Teil der BA wahrgenommen. Es hat sich jedoch schon seit Langem zu einem international anerkannten Forschungsinstitut entwickelt und wird 2027 bereits sein 60-jähriges Bestehen feiern. Der **Direktor des IAB, Prof. Dr. Bernd Fitzenberger**, und **Dr. Ulrich Wenzel, Bereichsleiter Wissenschaftsmanagement und Leiter des Internen Service des IAB**, gaben dem Hauptpersonalrat einen Eindruck zu den aktuellen Forschungsthemen und Aufgaben des IAB, inklusive der Politikberatung.

75 % der Aktivitäten des IAB gehören in den Bereich der Forschung. Die aktuelle wirtschaftliche Krise wird als sogenannte Erneuerungskrise bewertet, da sich der Wirtschaftsstandort Deutschland den Megatrends und Herausforderungen der Digitalisierung stellen muss. Innovationen müssen in wirtschaftliche Aktivitäten am Standort Deutschland umgesetzt werden, wenn sie Effekte auf unseren Arbeitsmarkt haben sollen.

Ein weiterer interessanter Aspekt, den die Forschung untermauern kann, gerade aus Sicht der Personalvertretung: „Arbeitnehmerschutz ist ein Erfolgsmodell.“ So sei durch guten Gesundheitsschutz und Prävention in Deutschland erreicht worden, dass die Beschäftigungsquote für 55-65-Jährige in den letzten 10 Jahren deutlich gestiegen ist.

Die **Gesamtprojektleiterin Dr. Susanne Koch** und der **Teilprojektleiter Philip Sharma** stellten dem HPR die Zeitschiene sowie die aktuellen Planungen zur Umsetzung von **ZuPo LIVE** vor.

Die Einführungsplanung sieht die prozessuale Flächeneinführung in drei Schritten (Tertialen) vor – voraussichtlich im März/April, Juli und November 2026. Weitere Schritte sind dann in den Jahren 2027/2028 sowie 2029-2032 vorgesehen. Die Umsetzungsverantwortung liegt bei den Regionaldirektionen – und bei den Führungskräften vor Ort. Die jeweiligen Einführungsphasen sollen mit einem Kommunikationskonzept

begleitet werden, welches u.a. Workshops, Qualifizierungskonzepte, kollegiale Fallberatungen oder Info-Pakete für die Mitarbeitenden der jeweiligen Agentur vorsieht. Es wird systematische Befragungen der Kunden und Mitarbeitenden geben. Das Konzept sieht die verstärkte Nutzung von Digitalisierung und Automatisierung vor, um kundenfreundlicher zu werden. Trotz einer sogenannten Demographie-Lücke soll die BA auch künftig handlungsfähig und kompetent tätig sein können.



Viele Kolleginnen und Kollegen von der Basis haben sich engagiert in die Projektentwicklung als „Stimmen der Praxis“ eingebracht. Dennoch muss nach unserer Einschätzung der Gefahr begegnet werden, dass zu viele parallel laufende Veränderungsprozesse die Kolleginnen und Kollegen stark verunsichern. Die Belastungssituation sowie die Reaktion auf das angekündigte ambitionierte Tempo werden wir bei allen Einführungsschritten kritisch begleiten.

Auch im CF-Bereich sind seit Längerem – im Zuge der Transformation des Internen Service – deutliche Veränderungen angekündigt. Dem HPR wurde dazu in der Februar-Sitzung das **Projekt-Fachkonzept Controlling und Finanzen** vorgelegt. Hier konnten jedoch noch nicht alle Fragen geklärt werden, so dass sich der HPR in der März-Sitzung erneut mit dem Projekt-Fachkonzept CF beschäftigen wird.

Die **Kommission zur Sozialstaatsreform** hat kürzlich ihren **Bericht** vorgestellt. Insbesondere die schon häufiger adressierte Zusammenlegung von Kinderzuschlag und Wohngeld hat es in sich. Der HPR ist mit dem Vorstand der BA in steter Abstimmung zu den weiteren Schritten. Nichtsdestoweniger wird sich der HPR gesondert an die politischen Verantwortlichen wenden, um deutlich zu machen, dass derzeit unsere Kolleginnen und Kollegen der Familienkasse eine funktionierende Leistung rechtssicher und zuverlässig mit engagierter Arbeit an die Bürgerinnen und Bürger auszahlen. Der HPR wird sich dafür einsetzen, dass dies von der Politik im weiteren Prozess berücksichtigt wird. **Siehe zu diesem Thema auch unser vbba-aktuell.**

Weitere Informationen aus der Februar-Sitzung

Einführung des KI-Moduls „Toxic-Speech“

Das Social Intranet ermöglicht mit den Communitys die direkte Kommunikation zwischen Beschäftigten der BA. Die Kommunikation ist nach den BA-Richtlinien in den Nutzungsbedingungen geregelt. Dennoch bergen von Nutzerinnen und Nutzern generierte Inhalte (Beiträge und Kommentare) das Risiko, dass auch unangemessene Inhalte erstellt und geteilt werden. Hier geht es um Hassrede (z. B. Beleidigungen), sog. Offensive Sprache (z. B. Schmähungen oder Obszönitäten) und Toxische Sprache (z. B. vulgäre Sprache oder Diskriminierungen). **Solche Inhalte haben bei uns nichts verloren!**

Aktuell prüft ein Team in der Zentrale manuell einmal wöchentlich alle neuen Einträge in den Communitys - für die Kolleginnen und Kollegen ein relativ hoher Arbeitsaufwand. Daher möchte die BA nun ein KI-Modell einführen, welches automatisch Einträge der vergangenen 24 Stunden auf solche Inhalte prüft. Stößt die KI auf entsprechende Kommentare, generiert sie eine E-Mail mit dem Link auf den Inhalt an das Team „Corporate Community Management“. Dort prüfen dann wieder Kolleginnen und Kollegen manuell, ob es sich tatsächlich um einen relevanten Inhalt handelt. Die Möglichkeit für alle Nutzenden Auffälligkeiten über den „Meldebutton“ mitzuteilen, besteht weiterhin.

Bei den bisherigen manuellen Prüfungen gab es diesbezüglich keine Auffälligkeiten. **Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass es auch weiterhin so bleibt.** Der HPR wird sich Ende des Jahres eine Auswertung des „Arbeitsergebnisses“ des KI-Modells zeigen lassen.

Leitlinien zur Bestimmung von individuellen Dienstorten

Grundsätzlich legt die Arbeitgeberin/Dienstherrin BA aufgrund ihres Direktionsrechts im Rahmen der Übertragung der Tätigkeit den hiernach notwendigen Dienstort fest. Die organisatorische Dienstortregelung wird per Weisung (i.d.R. im jeweiligen Fach- und Organisationskonzept) getroffen.

Die BA kann im Einzelfall einen „individuellen Dienstort“ festlegen. In der nun veröffentlichten Leitlinie sind die Voraussetzungen und die damit verbundenen Folgen geregelt. Für eine individuelle Dienstortregelung ist das arbeitgeberseitige Interesse entscheidend. Hierzu sind verschiedene Voraussetzungen zu erfüllen – so u.a. die Tätigkeit (z. B. singuläre Dienstposten oder die von vornherein befristete Mitarbeit in einem geschäftspolitisch bedeutsamen Projekt bzw. Programm, meist im Rahmen einer Abordnung). Für die Entfernung gilt, dass bei Benutzung von regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmitteln eine Fahrzeit hin- und zurück von mindestens 3 Stunden erforderlich wären.

Die individuelle Dienstortregelung darf nicht zu einer nennenswerten Mehrbelastung anderer Beschäftigter der jeweiligen Organisationseinheit führen.

Die eigene Wohnung kann nicht als Dienstort im Sinne der Leitlinien anerkannt werden. Auch zu den entstehenden Kosten bei erforderlichen Dienstreisen sind in der Leitlinie Vorgaben enthalten: Je Kalendermonat sind grundsätzlich bis zu zwei Reisen zum originären Sitz der Dienststelle/Organisationseinheit mit bis zu acht Übernachtungen insgesamt zulässig.

Bereits geschlossene Vereinbarungen sind grundsätzlich bis zu ihrem Ende oder Widerruf weiterhin gültig. Um Erfahrungen mit der Anwendung der Leitlinien zu sammeln, wird sie zunächst für die Dauer von drei Jahren erprobt.

Festlegung der Aufgabenwahrnehmung Inkasso in den regionalen Familienkassen einschließlich des Zentralen Kindergeldservices (ZKGS)

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass der Inkasso-Service Familienkasse und der Rechtsbehelf der regionalen Familienkasse NRW Nord für Entscheidungen im Erhebungsverfahren des steuerlichen Kindergeldes in ihrer bundesweiten Zuständigkeit als sachlich unzuständige Behörden handeln. Die von diesen Behörden erlassenen Bescheide sind daher verfahrensfehlerhaft und rechtswidrig. Daher ist die Verlagerung der Aufgabenwahrnehmung Inkasso in die regionalen Familienkassen alternativlos und wird in mehreren Stufen schon seit 2022 umgesetzt.

In der letzten Stufe erfolgt nun der Übergang der steuer- und sozialrechtlichen Inkassoverfahren vom Inkasso-Service Familienkasse am Standort Fulda auf die regionalen Familienkassen nach erfolgter Pilotierung ab 02.03.2026 in drei Wellen (März, Juli und Oktober 2026). Die jeweilige Umstellung umfasst die beginnende dreimonatige Qualifizierungs- sowie die anschließende viermonatige Praxisphase. Bis zum Abschluss der Aufgabenüberführung wird der Inkasso-Service Familienkasse fortlaufend die Qualifizierung im Inkassoverfahren und die Einarbeitung der Mitarbeitenden der regionalen Familienkassen im Patensystem durchführen. Die Telefonie für den Bereich Inkasso (Servicenummer: 0800 4 5555 14) ist spätestens ab dem 01.07.2026 durch die SC der Familienkasse vorgesehen. Hierzu ergeht eine gesonderte Weisung. Bis dahin verbleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit des Inkasso-Service Familienkasse in Fulda.

Nach Abschluss der vollumfänglichen Aufgabenüberführung in die regionalen Familienkassen wird allen Mitarbeitenden des Inkasso-Service Familienkasse gemäß des Vorstandsbeschlusses der BA 119/2024 vom 27.11.24 am bisherigen Dienstort schrittweise eine neue Fachaufgabe aus dem Bereich der Familienkasse übertragen.

ZuPo LIVE „Einheitliche Wege in und aus dem Operativen Service“ – Erprobung im OS Bielefeld und OS Potsdam

Die Maßnahme soll ab April 2026 für 4 Monate ergebnisoffen erprobt werden. Es handelt sich dabei um ein Schnittstellen- und Kommunikationskonzept mit folgenden grundlegenden Regelungen:

- Konsequente Nutzung der eAkte in der Kommunikation zwischen OS und operativen Bereichen in allen Themen ohne Kundenkontakt
- Freigabe der Nutzung der FIT-Hotline für Beratungs- und Vermittlungsfachkräfte
- Konsequente Terminierung aller Kundenkontakte im OS
- Implementierung eines Rufkreises für Notfälle in allen OS-Aufgabengebieten (außer BEH, OWi und SGG) analog SOC L Montag bis Donnerstag von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und Freitag von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Diese Erprobungsmaßnahme ist erforderlich, weil bisher nur für Kundinnen und Kunden im Arbeitslosengeldbezug die Möglichkeit einer direkten, verlässlich terminierten Kontaktaufnahme mit dem OS existiert. Bei allen anderen Anliegen werden Rückrufforderungen per Bearbeitungsauftrag in die eAkte versandt. Rückrufe sind dann oftmals erfolglos. Die verlässliche Terminierung soll zur Verbesserung der Effizienz auf alle Aufgabengebiete der OS (außer BEH, OWi und SGG) ausgedehnt werden.

Zudem wird den Beratungs- und Vermittlungsfachkräften die einheitliche Möglichkeit gegeben, die in Kundenkontakten aufkommenden Nachfragen zu leistungsrechtlichen Themen im Kundenportal zu stellen. Mit dieser Maßnahme wird eine Arbeiterleichterung und Steigerung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit erwartet. Für SC und EZ sollte die Arbeitsbelastung unverändert bleiben, da der Kunde ja ohnehin bisher an diese Einheiten verwiesen wurde, wenn seine Frage nicht geklärt werden konnte.

Durch die verlässliche Terminierung entfällt für den OS der erfolglose Anrufversuch und man kann sich auf das Gespräch vorbereiten. Ein Leistungsexperte müsste dann ebenfalls nicht mehr vorgehalten werden.

Der HPR hat im Vorfeld Stellungnahmen der Personalräte der betroffenen SC und OS-Standorte eingeholt. In diesen Stellungnahmen wurde insbesondere auf die **zusätzliche Belastung der FIT-Hotline** in den SC hingewiesen.

Der Fachbereich hat uns zugesichert, dass man darauf ein besonderes Augenmerk hat. Es wird eine separate Rufnummer geben, über die sowohl die quantitative als auch die qualitative Inanspruchnahme abgebildet werden kann. Ein Abschlussbericht wird dem HPR vor einer eventuellen Flächeneinführung mit der Programmversion im November 2026 vorgelegt.

Außerdem hat der HPR erreicht, dass eine zunächst geplante Besetzung der Notfall-Hotline Montag bis Donnerstag von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und am Freitag von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr (analog der SC-Regelung) auf die o.g. Zeiten reduziert wurde. Wir gehen davon aus, dass sich während der Erprobung genauere Erkenntnisse ergeben werden - insbesondere zur Inanspruchnahme dieser Notfall-Hotline, die nur in ganz eng definierten Fallgestaltungen genutzt werden soll.

ZuPo LIVE – geplante Erprobung der Maßnahmen „VG als erste Vertriebler*innen“ und „Aufbau von Servicepartnerschaften“ in den AA Stralsund, Neumünster und Thüringen Mitte

Im Rahmen des ZuPo wurden zahlreiche Maßnahmen identifiziert, die neue oder angepasste Standards im Arbeitgeber-Service setzen werden. Diese werden ab März in 3 Wellen bundesweit implementiert.

Parallel dazu werden zwei weitere Ansätze in den nächsten 6 Monaten in den Agenturen Stralsund, Neumünster und Thüringen Mitte erprobt. Beim „Aufbau von Servicepartnerschaften“ und „VG als erste Vertriebler*innen“ wird der Fokus auf den Ausbau von Kundenbeziehungen zu Unternehmen gelegt. Auf die Kolleginnen und Kollegen im AG-S kommen keine zusätzlichen, wohl aber herausfordernde Aufgaben zu. Zum einen wird durch die verstärkte Netzwerkarbeit der/des VG die Zahl der Unternehmen steigen, die unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen werden. Zum anderen gilt es, zukünftig strukturierter und regelmäßiger mit Unternehmen Kontakte zu pflegen – im Sinne gelebter Partnerschaft. Die Erprobungen sind ergebnisoffen und wir sind gespannt, welche Erkenntnisse gewonnen werden.

Denn eins ist schon jetzt erkennbar:

Die Erwartungshaltungen an den Arbeitgeber-Service sind gewachsen und hoch. Eine Überlastung schadet nicht nur den Mitarbeitenden, sondern auch den Unternehmen und dem Ruf der BA.

Übergangs- Fach- und Organisationskonzept für die Einführung des GB 9 „Gebäude-, Bau- und Immobilienmanagement“ im BA-SH im Rahmen des Projekts #Neue.INFRA

Das Übergangs-Fach- und Organisationskonzept (Übergangs-FOK) regelt die Einführung eines neuen Geschäftsbereichs 9 „Gebäude-, Bau- und Immobilienmanagement“ in das BA-Service-Haus (BA-SH). Die Organisationsänderung dient primär der Sicherstellung der Betriebsfähigkeit zum Zeitpunkt des rechtlichen Übergangs der bisherigen 100%-igen Tochtergesellschaft Gebäude-, Bau- und Immobilienmanagement GmbH (GBI) in die BA.

Das Konzept folgt der strategischen Prämisse einer zweistufigen Umsetzung. Das Übergangs-FOK gilt für den Zeitraum vom 01.07.2026 („Day One“) bis voraussichtlich 01.04.2027 („Day Two“). In dieser ersten Stufe gilt das Prinzip der „minimalinvasiven Veränderung“. Dies bedeutet, dass bestehende funktionale Einheiten und Prozessketten der GBI weitestgehend unverändert in die Struktur der BA überführt werden, um Reibungsverluste im laufenden Geschäftsbetrieb – insbesondere bei laufenden Bauprojekten und der Bewirtschaftung der Liegenschaften – zu vermeiden.

Mit dem neuen GB 9 sollen die zuvor in der GBI gebündelten operativen Aufgaben des Gebäude-, Bau- und Immobilienmanagements ab Day One innerhalb der BA im BA-SH angesiedelt werden. Die bisherigen GBI-Beschäftigten sollen in der neu im BA-SH gebildeten Organisation weiterbeschäftigt werden.

Arbeitskreis SGB III

Praxisnahe Perspektiven bündeln

Strukturelle Herausforderungen in zentralen operativen Arbeitsbereichen

In den operativen Bereichen der Arbeitsagenturen knirscht es seit langem. Begegnen möchte die Zentrale den Problemen unter anderem mit dem „Zukunftsprojekt operativ“ (ZuPo LIVE). Bei vielen Kolleginnen und Kollegen besteht jedoch die Sorge, dass sich die bereits komplexe Arbeitssituation weiter zuspitzt.

Als Fachgewerkschaft der BA haben wir vor allem die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen im Blick. Die aktuellen Probleme sowie die Auswirkungen der Änderungen und Umstellungen durch ZuPo LIVE werden wir deshalb intensiv in den Fokus nehmen – insbesondere durch unseren vbba-Arbeitskreis SGB III mit Praktikern aus dem gesamten Bundesgebiet.

In der Sitzung des AK SGB III im Dezember wurden Rückmeldungen aus den betroffenen Bereichen eingeholt. Diese bestätigen zahlreiche strukturelle und organisatorische Herausforderungen, vor allem in den Bereichen Arbeitsvermittlung (ANOV/AG-S), Eingangszonen, Servicecenter und Operativer Service. Die Problemlagen sind vielschichtig und betreffen sowohl die interne Zusammenarbeit als auch die Schnittstellen zu den Kundinnen und Kunden.

Die Einführung neuer technischer Lösungen erfolgt vielfach ohne ausreichende Berücksichtigung der praktischen Auswirkungen. Viele Kundinnen und Kunden sind mit den digitalen Angeboten überfordert, der

technische Support ist schwer erreichbar, und die Eingangszonen werden zusätzlich belastet.

All dies hat unmittelbare Folgen für die Qualität der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen: Die Datenaufnahme durch Servicecenter und Eingangszonen kann unter den gegebenen Bedingungen häufig nur eingeschränkt erfolgen, was sich negativ auf die Vermittlungsarbeit auswirkt. Verkürzte Beratungszeiten erschweren eine fundierte Vermittlung und nachhaltige Integration der Kundinnen und Kunden in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig steigt die Belastung der Mitarbeitenden in der Arbeitsvermittlung, da Anfragen über Postfachnachrichten zu sämtlichen Themenbereichen eingehen.

Diese Entwicklungen stehen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zum Anspruch der Bundesagentur für Arbeit, „Erster Dienstleister am Arbeitsmarkt“ zu sein.

» Wir werden diese Entwicklungen gewerkschaftlich kritisch begleiten und fordern von den Verantwortlichen dringend mehr Augenmaß, stärkeren Praxisbezug sowie eine konsequente Orientierung an den Belangen der Mitarbeitenden sowie der Kundinnen und Kunden.



Quelle: ChatGPT

IMMOBILIENFINANZIERUNG

Gut geplant ins Eigenheim

Langfristig auf sicherem Fundament bauen: Eine durchdachte Finanzierung macht den entscheidenden Unterschied.

Wohneigentum ist mehr als ein Dach über dem Kopf – es wirkt für viele Haushalte wie ein stiller Vorsorgebaustein. Denn anders als klassische Formen der Altersvorsorge entfaltet es seinen Nutzen bereits im Erwerbsleben: Eigentümer wohnen von Beginn an in dem Vermögen, das sie langfristig aufbauen. Entsprechend zeigen Auswertungen, dass Haushalte mit Wohneigentum im Ruhestand deutlich seltener mit einer Versorgungslücke konfrontiert sind als Mieter – selbst dann, wenn der Immobilienwert in der Betrachtung außen vor bleibt. Der entscheidende Unterschied liegt weniger im Besitz selbst als im Weg dorthin: Während Eigentümer über Jahre hinweg gezielt Vermögen bilden und Konsum zurückstellen, fällt die Sparquote bei Mieterhaushalten im Durchschnitt niedriger aus.

Der Weg ins eigene Zuhause erfordert heute mehr Planung und Weitblick als noch vor einigen Jahren. Zwar stellen höhere Bauzinsen und in vielen Regionen weiterhin hohe Immobilienpreise Kaufinteressierte vor neue Anforderungen. Gleichzeitig sorgt das veränderte Marktumfeld dafür, dass Finanzierungen bewusster, realistischer und langfristig tragfähig aufgesetzt werden.

Auch wenn die Zinsen gegenüber der Niedrigzinsphase spürbar gestiegen sind und sich damit die monatliche Belastung verändert hat, schaffen klare Kalkulationen und individuelle Finanzierungskonzepte neue Sicherheit – und eröffnen weiterhin Chancen, den Traum von den eigenen vier Wänden Schritt für Schritt zu verwirklichen.

Ganzheitlich rechnen

Eine tragfähige Baufinanzierung beginnt mit dem unerschrockenen Blick auf alle Kosten. Neben Kaufpreis oder Baukosten sollten Erwerbsnebenkosten wie Grunderwerbsteuer, Notar- und Grundbuchgebühren sowie mögliche Maklerprovisionen von Beginn an mit eingeplant werden. Für die laufende Belastung gilt: Zins und Tilgung sollten idealerweise nicht mehr als rund 35 bis 40 Prozent des monatlich verfügbaren Nettoeinkommens ausmachen. Zusätzlich empfiehlt es sich, finanzielle Puffer für Instandhaltung, Modernisierungen oder unvorhergesehene Ausgaben einzuplanen – denn ein Eigenheim bringt langfristige Verantwortung mit sich.

**dbb
vorsorgewerk**

Was man hat

Das Eigenkapital bleibt ein zentraler Hebel für eine solide Finanzierung. Wer Ersparnisse, Bausparguthaben oder bereits vorhandenes Immobilienvermögen einbringen kann, senkt nicht nur den Finanzierungsbedarf, sondern verbessert häufig auch die Konditionen. Darüber hinaus lohnt sich der Blick auf staatliche und regionale Förderprogramme, etwa zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse für energieeffizientes Bauen und Sanieren. Sie können die monatliche Belastung spürbar reduzieren und eröffnen zusätzliche Spielräume – vorausgesetzt, sie werden frühzeitig in die Planung integriert.

Bester BBBank-Zins

Über das dbb vorsorgewerk und seinen exklusiven Kooperationspartner rund ums Banking, die BBBank, erhalten VBBA-Mitglieder und ihre Angehörigen in Sachen Baufinanzierung fundierte und kompetente Unterstützung sowie attraktive Finanzierungsangebote. Die BBBank gehört mit 490 000 Mitgliedern und einem Kundengeschäftsvolumen von rund 41 Milliarden Euro zur TOP drei der größten Kreditgenossenschaften Deutschlands. Ist oder wird der Kreditnehmer Mitglied der Genossenschaftsbank, wird stets zusätzlich ein Zins-Rabatt von 0,1 Prozent gewährt. Für alle VBBA-Mitglieder und ihre Angehörigen gibt es weiterhin den „besten BBBank-Zins“. Im Rahmen dieses Aktionsangebotes kann man ein fremdes Baufinanzierungsangebot bei der BBBank einreichen. Die BBBank wird sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten*.

Online rechnen

Über dbb-vorteilswelt.de/baufinanzierungen gelangt man zum vielseitigen Baufinanzierungsrechner. Mit ihm lassen sich für das individuelle Vorhaben je nach Baukosten, Eigenkapital und Nebenkosten der effektive Jahreszins und die monatliche Rate ermitteln. Bei Interesse kann eine Beratung, etwa zu aktuellen Förderprogrammen der KfW und der Kommunen, vereinbart werden.

* Genaue Konditionen auf www.dbb-vorteilswelt.de/baufinanzierungen

31. Änderungstarifvertrag unterzeichnet

Redaktionsverhandlungen abgeschlossen

Am 29.04.2025 haben sich die Tarifvertragsparteien mit dem Arbeitgeber bei den Gehaltstarifverhandlungen geeinigt. Die anschließenden schriftlichen Redaktionsverhandlungen zur Ausarbeitung der Details der Tarifeinigung haben sich einige Monate hingezogen.

Nachfolgend die **wichtigsten Tarifiergebnisse** auf einen Blick:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die **Tabellenentgelte (Festgehälter)** der Tarifbeschäftigten werden ab dem **1. April 2025** um **3,0 %**, mindestens jedoch um 110 Euro erhöht, ab **1. Mai 2026** um weitere **2,8 %**.

Gehaltstabelle BA (gültig ab 1.5.2026)

TE	Stufe 1	Stufe 2 (nach 1 Jahr)	Stufe 3 (nach 2 weiteren Jahren)	Stufe 4 (nach 3 weiteren Jahren)	Stufe 5 (nach 4 weiteren Jahren)	Stufe 6 (nach 5 weiteren Jahren)	Funktions- stufe 1	Funktions- stufe 2
I	5.508,23 €	6.074,07 €	6.418,24 €	6.775,52 €	7.163,42 €	7.567,33 €	226,16 €	452,32 €
II	4.971,59 €	5.447,00 €	5.805,73 €	6.135,33 €	6.463,44 €	6.835,30 €	226,16 €	452,32 €
III	4.537,02 €	5.015,33 €	5.283,65 €	5.582,66 €	5.881,58 €	6.253,46 €	226,16 €	452,32 €
IV	4.099,09 €	4.486,22 €	4.728,06 €	4.975,11 €	5.253,85 €	5.531,03 €	226,16 €	452,32 €
V	3.240,69 €	3.530,78 €	3.698,89 €	3.879,18 €	4.078,74 €	4.293,80 €	83,06 €	166,12 €
VI	2.997,50 €	3.248,74 €	3.407,32 €	3.574,01 €	3.754,32 €	3.950,11 €	83,06 €	166,12 €
VII	2.819,64 €	3.048,19 €	3.178,49 €	3.331,68 €	3.500,03 €	3.683,51 €	83,06 €	166,12 €
VIII	2.733,55 €	2.937,16 €	3.068,66 €	3.203,15 €	3.354,19 €	3.524,77 €	83,06 €	166,12 €

Funktionsstufen und weitere tarifliche Gehaltsbestandteile, für die eine Dynamisierung vereinbart ist, werden ab dem **1. April 2025** um **3,11 %** und ab dem **1. Mai 2026** um **2,8 %** erhöht.

Erschwerniszuschläge werden ab **1. Mai 2026** um **12 %** erhöht.

Ab dem Kalenderjahr 2027 beträgt der **Urlaubsanspruch** bei einer Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 5 Tage in der Kalenderwoche **31 Arbeitstage**.

Die **Jahressonderzahlungen** werden ab dem Kalenderjahr 2026 erhöht

- > für die Tätigkeitsebenen VIII bis V von 90 % **auf 95 %**,
- > für die Tätigkeitsebenen IV bis II von 80 % **auf 90 %** und
- > für die Tätigkeitsebene I von 60 % **auf 75 %**.

Zeit-statt-Geld-Wahlmodell

Die Beschäftigten erhalten ab dem Kalenderjahr 2026 die Möglichkeit, Teile der **Jahressonderzahlung** in **bis zu drei freie Tage** zu tauschen. Die Berechnung für den Wert der freien Tage erfolgt auf Stundenbasis. Zur Ermittlung des auf eine Stunde entfallenden Anteils sind die in Monatsbeträgen festgelegten Gehaltsbestandteile durch das 4,348-fache der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit (§ 6 Abs. 1 TV-BA und entsprechende Sonderregelungen) zu teilen.

Die Antragstellung muss unter Angabe der Anzahl der gewünschten vollen Freistellungstage (Tauschtage) bis 1. September des laufenden Kalenderjahres in Textform (also z.B. per Mail) erfolgen. Maximal drei Tauschtage sind möglich, die Anzahl der Tauschtage darf jedoch die Anzahl der wöchentlichen Arbeitstage der/des Beschäftigten nicht übersteigen. Wenn Sie also zwei Tage pro Woche arbeiten, dürfen Sie maximal nur zwei Tauschtage beanspruchen.

Die Jahressonderzahlung mindert sich um den Wert der Tauschtage. Maßgebend für die Berechnung des Werts eines Tauschtags sind die Verhältnisse am 1. September des laufenden Kalenderjahres.

Die zusätzlichen freien Tage sind in dem auf die Umwandlung folgenden Kalenderjahr in Anspruch zu nehmen (also in 2027 für in 2026 beantragte Tauschtage). Die Freistellung kann nur für volle Tauschtage erfolgen. Kann ein bereits bewilligter Tauschtage nicht genommen werden, kann dieser verlegt werden,

- bei unverzüglich angezeigter und durch ärztliches Attest nachgewiesener Arbeitsunfähigkeit oder
- aus dringenden dienstlichen Gründen ausnahmsweise erfolgten Widerrufs

Tauschtage, die innerhalb des Inanspruchnahmezeitraums nicht genommen werden, verfallen und es entsteht ein finanzieller Ausgleichsanspruch in Höhe des Wertes der nicht genommenen Tauschtage.

Langzeitkonten auf Wertguthabenbasis

Zusätzlich zur bereits bestehenden Möglichkeit der Einrichtung eines Langzeitkontos nach § 10 Abs. 6 TV-BA, in das Zeitguthaben übertragen wird, wurde im Rahmen der Tarifeinigung die Einführung von Wertguthabenkonten für die Beschäftigten beschlossen.

Die nähere Ausgestaltung muss jedoch tarifvertraglich oder über eine Dienstvereinbarung geregelt werden. Beides liegt trotz Drängen unsererseits noch nicht vor. Solange dies der Fall ist, können keine Wertguthaben vereinbart werden. Die vbba präferiert eine Ausgestaltung auf tariflicher Ebene, damit die Kolleginnen und Kollegen, die für das SGB II tätig sind, in gleichem Maße an der Regelung teilhaben können.



Mitglieder der vbba-Tarifkommission: Harald Kirchner, Manfred Klar, Ina Kastner, Oliver Gerdemann.

Foto: Harald Kirchner

Angleichung der Arbeitsbedingungen

Zum 1. August 2025 ist die Angleichung der Arbeitsbedingungen für das Tarifgebiet Ost bei befristeten Arbeitsverträgen und den Voraussetzungen für die ordentliche Unkündbarkeit an die Regelungen für das Tarifgebiet West erfolgt. Der besondere tarifliche Kündigungsschutz wird nun auf alle Beschäftigten im Geltungsbereich des TV-BA ausgeweitet. Voraussetzung ist die Vollendung des 40. Lebensjahres und das Überschreiten einer Beschäftigungszeit von 15 Jahren. Beschäftigte, die diese Voraussetzungen erfüllen, können arbeitgeberseitig nur außerordentlich, d.h. aus wichtigem Grund, gekündigt werden.

Nachwuchskräfte –

14. Änderungs-Tarifvertrag zum TVN-BA

Die Ausbildungsvergütung für **Auszubildende** steigt ab **1.4.2025** sowie ab **1.5.2026 jeweils** um einen Festbetrag in Höhe von **75 Euro**. Die monatliche Vergütung der **Studierenden** wird ab dem **1.4.2025** um **75 Euro** und ab dem **1.5.2026** um weitere **30 Euro** erhöht.

Die monatliche Pauschale für **Übernachungskosten** wird ab **1.5.2026** um **45 Euro** erhöht. Die Studierenden in Schwerin erhalten die Pauschale für Übernachtungskosten zukünftig auch auf tarifvertraglicher Grundlage. Der Anspruch besteht nur, wenn die BA nicht eine unentgeltliche Unterkunft bereitstellt.

Ab dem Kalenderjahr **2027** beträgt der **Urlaubsanspruch** bei einer Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 5 Tage in der Kalenderwoche **31 Arbeitstage**.

Die BA hat sich bereits übertariflich selbst verpflichtet, Auszubildende zum/zur Fachangestellten für Arbeitsmarktdienstleistungen und zum/zur Fachinformatiker/in und alle Studierenden nach Bestehen der Abschlussprüfung in ein unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis zu übernehmen, sofern nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen. Mit Wirkung zum **1.8.2025** ist die **Übernahmeverpflichtung** nun im **Tarifvertrag** verankert. Gleichzeitig verpflichten sich die Nachwuchskräfte, nach Ende von Ausbildung bzw. Studium innerhalb der BA bundesweit uneingeschränkt verwendungsbereit zu sein.

Mit Wirkung vom **1.8.2025** wird für Studierende eine **Probezeit von 6 Monaten** eingeführt.

Ab **1.7.2025** wird für die Auszubildenden nach dem TVN-BA der **Verpflegungszuschuss** für volle Kalendertage der Teilnahme an auswärtigen Bildungsmaßnahmen und notwendiger Unterbringung am auswärtigen Ausbildungsort erhöht und bemisst sich nun nach den Regelungen des BRKG.

Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen/Beamten der BA

Die Bundesregierung hat am 3.9.2025 beschlossen, dass das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf die Bundesbesoldung und -versorgung **zeitgleich** und **systemgerecht** übertragen wird. Sie hat sich zugleich damit einverstanden erklärt, für die im Jahr 2025 und im Jahr 2026 vorgesehene Erhöhung der Bezüge **Abschlagszahlungen** zu leisten.

Im Dezember 2025 wurden nun Abschlüsse auf einen ersten linearen Anpassungsschritt mit einer **Erhöhung um 3,0 %**, rückwirkend zum 1.4.2025 gezahlt, weitere Abschlüsse gibt es dann zum zweiten linearen Anpassungsschritt ab 1.5.2026 mit einer **Erhöhung um 2,8 %**.

Da die Abschlüsse im Vorgriff auf ein Gesetz zur Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Bundesbesoldung und -versorgung gezahlt werden, stehen die Zahlungen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Inkrafttretens einer späteren entsprechenden gesetzlichen Regelung. Nach Inkrafttreten des angekündigten Gesetzes zur Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge wird eine Verrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen vorgenommen.

Zur Erhöhung des Urlaubsanspruchs und zum Zeit-statt-Geld-Wahlmodell werden leider derzeit noch keine Aussagen gemacht. Hier muss die gesetzliche Regelung abgewartet werden.

vbba – Tarif. Machen wir!

Einkommensrunde TdL

Verhandlungsauftakt ohne Arbeitgeberangebot

Am 3. Dezember hat die Einkommensrunde 2025/2026 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Berlin begonnen. Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen und Erwartungen im Detail vorgestellt und begründet. Die Arbeitgeberseite hat kein Angebot vorgelegt und stattdessen die Gewerkschaftsforderungen zurückgewiesen. Der TdL-Verhandlungsführer Dr. Andreas Dressel nannte die Gewerkschaftsforderungen „astronomisch“ und „nicht erfüllbar“.

„Die Länderarbeitgeber müssen jetzt die richtigen Prioritäten setzen und die Funktionsfähigkeit des Staates sichern“, erklärte der dbb-Chef Volker Geyer.

„Was wir jetzt brauchen, sind ernsthafte Verhandlungen. Sachargumente statt markiger Worte“, sagte Volker Geyer. „Unsere Forderung nach sieben Prozent, mindestens 300 Euro ist keineswegs ‚ritualisiert astronomisch‘, wie der TdL-Vorsitzende Andreas Dressel behauptet. Das ist der sachlich begründete und angemessene Einstieg in Verhandlungen über konkurrenzfähige, faire und motivierende Einkommensbedingungen im Landesdienst.“

In den nächsten Wochen stehen komplizierte Verhandlungen mit der TdL bevor.

Die zweite Runde findet am 15. und 16. Januar 2026 in Potsdam statt.

Bis zum Beginn der nächsten Verhandlungsrunde wird der dbb bundesweit Aktionen und Warnstreiks durchführen, um den Arbeitgebern deutlich zu machen, dass wir geschlossen hinter unseren Forderungen stehen. Auch die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sind aufgerufen, sich in ihrer Freizeit an den Aktionen zu beteiligen.



Foto: Friedhelm Windmüller



Volker Geyer beim Pressesgespräch vor Beginn der Verhandlungsrunde. Foto: Friedhelm Windmüller



Blick über den Verhandlungstisch. Foto: Friedhelm Windmüller

Eine Tariferhöhung ist kein Weihnachtsgeschenk

Rund 200 Beschäftigte haben am 18. Dezember in Berlin für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen protestiert. Mit einem Demozug vom Brandenburger Tor zur Berliner Senatsverwaltung für Finanzen und anschließender Kundgebung bekräftigten die Kolleginnen und Kollegen ihre Forderungen nach 7 Prozent höheren Einkommen mindestens aber 300 Euro mehr, sowie weiteren Verbesserungen für die Beschäftigten der Länder.

Andreas Hemsing, zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, verdeutlichte den Ernst der Lage: „Einkommensrunden sind nie einfach, aber diesmal wird es besonders herausfordernd.“

In der ersten Verhandlungsrunde hatte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) kein Angebot vorgelegt. „Nicht nur das: Sie hat unsere berechtigten Forderungen als astronomisch bezeichnet.“

Zudem hatte der bayrische Ministerpräsident Markus Söder losgelöst von einem möglichen Ergebnis angekündigt, zukünftige Erhöhungen erst sechs Monate später an die Beamtinnen und Beamten weiterzugeben. „Der Staat verliert immer mehr an Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Aber diejenigen, die tagtäglich mit nicht ausreichenden Rahmenbedingungen für Bildung, Sicherheit und Ordnung sorgen, sollen bei so einer Situation in die Röhre schauen.“

Wenn die TdL meint, uns in diesem Winter die kalte Schulter zeigen zu können, werden wir ihnen bis zu den nächsten Verhandlungen ordentlich einheizen müssen. Denn eine Tariferhöhung ist kein Weihnachtsgeschenk, wir müssen sie hart erkämpfen“, betonte Hemsing.

„Der öffentliche Dienst hält zusammen.“

Mit einer Menschenkette aus 600 Leuten haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Kiel für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert.



Menschenkette in Kiel.

Foto: Friedhelm Windmüller

„Wir zeigen heute deutlich: Der öffentliche Dienst hält zusammen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, die Argumente der Politik sind längst abgewetzt“, betonte Kai Tellkamp, Landesbundvorsitzender des dbb schleswig-holstein, am 6. Januar auf der Kundgebung in Kiel. Zuvor hatten die Beschäftigten eine Menschenkette zwischen dem Finanzministerium und Staatskanzlei gebildet. „Ob in unseren Landesbehörden, in unseren Schulen, im Straßenbetriebsdienst oder bei der Polizei: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes halten das Land am Laufen – auch bei Eis und Schnee. Da ist es doch nicht zu viel verlangt, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auch mal Einsatz zeigt, und endlich ein angemessenes Angebot vorlegt“, so Tellkamp.



Thomas Zeth mit der Landesgruppe Berlin-Brandenburg.

Foto: Karsten Staß

Kein ausreichendes Angebot und kaum Fortschritte

Am 15. und 16. Januar fand in Potsdam die zweite Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) statt.

Die Landesgruppe Berlin Brandenburg hat stellvertretend für die vbba die entscheidende Phase der Tarifaueinandersetzung begleitet.

Auch im zweiten Verhandlungstermin der Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Potsdam hat die Arbeitgeberseite blockiert. Die TdL hat nach wie vor kein ausreichendes, verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt. Die Entgeltforderungen wurden als deutlich zu hoch zurückgewiesen und eine Laufzeit von zwölf Monaten als deutlich zu kurz bezeichnet. Die Arbeitgeberseite hat, ohne konkrete Zahlen zu nennen, Erhöhungen von knapp über der Inflationsrate bei einer Laufzeit von 29 Monaten in den Raum gestellt, wobei es für das Jahr 2025 Nullmonate geben soll. Damit würden wir deutlich hinter dem TVöD-Ergebnis zurückbleiben. Die Notwendigkeit der geforderten Erhöhung von Zulagen und Zuschlägen wurde angezweifelt.

Lediglich bei Wechselschicht- und Schichtzulagen könnte sich die Arbeitgeberseite Bewegung vorstellen, wobei es keine höheren Zulagen für den Gesundheitsbereich mehr geben soll. Auch hier würden wir aber deutlich hinter dem TVöD und unseren Forderungen zurückbleiben. Die Umsetzung der stufengleichen Höhergruppierung, der Einstieg in eine Novellierung der Entgeltordnung und die Einführung der vollständigen Paralleltabelle für Lehrkräfte werden von der TdL streitig gestellt und sollen vor der nächsten Verhandlungsrunde in einer Arbeitsgruppe weiter besprochen werden. Die längst überfällige Angleichung der Arbeitsbedingungen im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West wird abgelehnt, ebenso wie eine Mitgliedervorteilsregelung für Gewerkschaftsmitglieder und die Einführung eines Sonderkündigungsrechts für den Sozial- und Erziehungsdienst.

Auch für die dringend benötigten Nachwuchskräfte sind wir in den Verhandlungen bisher kaum weitergekommen. Eine Verbesserung der bisherigen Übernahmeregelung lehnen die Arbeitgeber ab, ebenso eine

Volker Geyer am 15. Januar in Potsdam.

Foto: Friedhelm Windmüller





500 leere Stühle auf dem Hamburger Rathausmarkt – ein Symbol für den Personalmangel im öffentlichen Dienst.

Foto: Anne Oschatz

Übernahme in Stufe 2 und die Einführung eines Mobilitätzuschusses. Die Arbeitsbedingungen für praxisintegriert dual Studierende sollen nach wie vor nicht tarifiert werden. Auch für studentische Beschäftigte soll es keinen Tarifvertrag geben.

Die Tarifverhandlungen werden vom 11. bis 13. Februar 2026 in Potsdam fortgesetzt.

Der öffentliche Dienst muss attraktiver werden

500 leere Stühle auf dem Hamburger Rathausmarkt – das Symbol für den Personalmangel im öffentlichen Dienst zeigt, wie ernst die Lage ist.

Gut 800 Landesbeschäftigte untermauerten ihre Forderungen gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern mit Demo und ganztägigem Warnstreik.

„Dass am 22. Januar in Hamburg 800 Kolleginnen und Kollegen zusammengekommen sind, ist ein starkes Zeichen. Und mit TdL-Verhandlungsführer Andreas Dressel sitzt der Hauptadressat hier ganz in der Nähe“, rief Andreas Hemsing, zweiter Bundesvorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik den Demonstrierenden zu und kritisierte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) dafür, bisher nicht konstruktiv verhandelt zu haben. „Bisher hat sich die TdL unfähig gezeigt, ein Angebot vorzulegen und einen Kompromiss zu schmieden. Unser Land hat mehr und Besseres verdient und ihr habt mehr und Besseres verdient! Mit der ‘Geiz-ist-geil-Rhetorik’ der Finanzminister werden wir unser Land bestimmt nicht auf Vordermann bringen. Dafür braucht es einen starken öffentlichen Dienst als Stabilisator. Dafür braucht es euch!“

In ihrer Freizeit hatten die Kundgebung zahlreiche Beamtinnen und Beamte besucht. dbb-Landeschef Thomas Treff forderte die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des zu erreichenden Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich: „Signale wie die aus Bayern, die Übertragung ein halbes Jahr zu verzögern, machen euch zu Recht wütend. Eine solche Ignoranz gegenüber eurer wertvollen Arbeit lassen wir uns nicht bieten!“

Michael Adomat, stellvertretender Landesvorsitzender und Landesstreikleiter des dbb hamburg, forderte ein verhandlungsfähiges Angebot: „Unter dem Motto ‚Leere Stühle, volle Tische‘ machen wir heute deutlich, was seit Jahren schief läuft: In der Stadt Hamburg können über 5.000 Stellen im öffentlichen Dienst nicht besetzt werden, weil der öffentliche Arbeitgeber schlicht nicht konkurrenzfähig bezahlt. Während die Aufgaben immer mehr werden, bleiben Arbeitsplätze unbesetzt – mit spürbaren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger.“

Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb jugend, machte deutlich: „Die Beschäftigten stellen Tag für Tag die Funktionsfähigkeit unserer Stadt sicher. Doch Wertschätzung zeigt sich nicht in warmen Worten, sondern in konkreten Verbesserungen. Wir brauchen klare Zusagen zur Übernahme, wenn wir Nachwuchs halten wollen.“



Pausenaktion in Erfurt.

Foto Kristin Arnold

Bundesweite Aktionen der dbb-Fachgewerkschaften

Mit vielen kleinen und größeren Aktionen unterstützen die Mitglieder der dbb-Fachgewerkschaften die Verhandlungsführer des dbb, Volker Geyer und Andreas Hemsing. Die Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) 25/26 geht in ihre entscheidende Phase. Deshalb zeigen die Kolleginnen und Kollegen, was sie von der Blockadepolitik der Arbeitgeberseite halten: nichts!

Auch Mitglieder der vbba unterstützen die Aktionen, beispielsweise bei der Aktiven Mittagspause in Erfurt am 26. Januar 2026: Frauenpower zeigten die Mitglieder der Fachgewerkschaften im tbb – beamtenbund und tarifunion thüringen. In einer aktiven Mittagspause forderten sie gerechte Bezahlung für Sicherheit, Bildung, Pflege und Verwaltung.

Ganztägiger Warnstreik mit Demonstration in Magdeburg

Eine faire Bezahlung ist entscheidend.

Über 500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrierten am 28. Januar in Magdeburg für faire Bezahlung, bessere Perspektiven und Entlastung im Rahmen der Einkommensrunde.

Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, kritisierte die Haltung der Länder deutlich: „Attraktivität eines Arbeitgebers beginnt bei der Entlohnung.“ Die häufig vorgebrachte Argumentation der Arbeitgeber wies er zurück: „Die Länder argumentieren oft mit der Sicherheit der Arbeitsplätze. Sicherheit zahlt aber keine Rechnungen.“

Die vbba Landesgruppe SAT zeigt sich solidarisch und zeigt Flagge.



Die Landesgruppe SAT aktiv in Magdeburg.

Foto: Landesgruppe SAT



Foto: Volker Hielscher

„Jetzt geht's um die Wurst“ – Demo in Erfurt

Unter dem Motto „Jetzt geht's um die Wurst“ haben zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in der Thüringer Landeshauptstadt für höhere Einkommen demonstriert.

Die Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen ist dabei und zeigt sich solidarisch.

Milanie Kreutz, stellv. dbb-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung betonte am 3. Februar auf der Kundgebung: „Die Arbeitgebenden behaupten gerne, dass unsere Forderungen ‚astronomisch‘ seien. Dabei sind unsere Forderungen angemessen. Wir fordern das, was wir verdienen. Das Einkommen der Beschäftigten muss konkurrenzfähig sein und mit der Inflation mithalten können – mindestens.“

Der Landesvorsitzende des thüringer beamtenbundes (tbb) Frank Schönborn ergänzte: „Wer Fachkräfte anwerben und halten will, muss anständig entlohnen. Das gilt für alle Beschäftigten: Sobald das Ergebnis steht, muss es die Regierung zeit- und wirkungsgleiche auf die Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -Empfänger übertragen. Das ist ein verfassungsrechtliches Gebot.“ Darüber hinaus müssen die Unterschiede zwischen Ost und West endlich beseitigt werden.

Saskia Grimm, Landesvorsitzende der dbb jugend thüringen, unterstrich: „Junge Menschen entscheiden sich nicht gegen den öffentlichen Dienst wegen des Beamtenstatus, sondern wegen Überlastung und fehlender Wertschätzung. Wer jetzt den Beamtenstatus zurückdrängt, verschärft den Nachwuchsmangel und sendet ein fatales Signal an die nächste Generation.“

Stuttgart: „Kein Abschluss ohne angemessenes Angebot!“

„Die zweite Verhandlungsrunde hat gezeigt, dass die Arbeitgebenden offenbar immer noch nicht verstanden haben, dass es uns mit unseren Forderungen ernst ist. Nach der Demo heute sollte endlich klar sein, dass wir nicht zum Spaß hier sind“, sagte dbb-Vize Andreas Hemsing am 5. Februar auf einer Kundgebung in Stuttgart. Seine Erwartungshaltung an die dritte Verhandlungsrunde ist klar: „Solange es von Seiten der Arbeitgebenden kein angemessenes Angebot gibt, kann es keinen Abschluss geben! Wir fordern sieben Prozent, mindestens 300 Euro.“

Der dbb und der Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg (BBW) hatten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-



BBW-Landesvorsitzende Kai Rosenberger, dbb-Vize Andreas Hemsing, bbw jugend Joachim Weschbach (von links).

Foto: dbb

Württemberg zu einem landesweiten Warnstreik aufgerufen. 4.800 Demonstrierende zogen am Mittag durch die Landeshauptstadt. Der BBW-Landesvorsitzende Kai Rosenberger unterstrich: „Ob Lehrkräfte, Pflegekräfte oder Polizei – die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat. Arbeitgebende, die in den Verhandlungen blockieren, blockieren die Funktionsfähigkeit unseres Landes!“

Joachim Weschbach von der bbw jugend erwartet ein klares Bekenntnis zu den Nachwuchskräften: „Den Fachkräftemangel bekommen wir nur in den Griff, wenn wir den öffentlichen Dienst auch für den Nachwuchs attraktiv machen. Auszubildende müssen nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet übernommen werden. Auch während der Ausbildung müssen sie sich auf die Unterstützung der Arbeitgebenden verlassen können. Deshalb erwarten wir ein kostenloses Deutschland-Ticket oder einen Tankzuschuss in Höhe von 50 Euro.“

Düsseldorf: „Der Countdown läuft!“

Über 16.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben in Düsseldorf für höhere Einkommen demonstriert. Der dbb-Chef warnt die Länder eindringlich vor weiteren Blockaden.

„Zu viel Taktiererei und zu wenig politischer Wille“, lautet der Vorwurf des dbb-Bundesvorsitzenden Volker Geyer bei der Großdemonstration in Düsseldorf am 10. Februar in Richtung an die Adresse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). „Unser Land steht vor drängenden Herausforderungen, die größer kaum sein könnten. Innen- und außenpolitisch ebenso wie wirtschafts- und sozialpolitisch. Aber egal, welchen dieser Teilbereiche wir betrachten: Nur mit einem starken und gut ausgestatteten öffentlichen Dienst werden wir diese Herausforderungen meistern können. Anstatt symbolische Schlachten über ‚Lifestylezeit‘ oder Verbeamtungen zu führen, muss die Politik endlich die Gegenwart gestalten. Das muss sich endlich auch die TdL klar machen. Noch immer führt man dort die Tarifverhandlungen so, als sei das Ganze ein Gesellschaftsspiel, bei dem der Verlierer, der sich zuerst bewegt.“

Volker Geyer (dbb Bundesvorsitzender).

Foto: dbb



Deshalb stand am Ende seiner Rede vor dem Düsseldorfer Landtag der klare Appell des dbb Chefs: „Morgen wird in Potsdam wieder verhandelt. Dann sollte es direkt konkret und ergebnisorientiert sein.“

Mit anderen Worten: Wir brauchen ein echtes Angebot, um bis Freitag zu einem Kompromiss zu kommen. Der Countdown läuft!“

Dritte Verhandlungsrunde

Vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam hat der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer die Bedeutung der laufenden Tarifverhandlungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Länder hervorgehoben. Nach seiner Einschätzung wird in dieser Runde eine richtungsweisende Entscheidung getroffen.

Die kommenden Gespräche werden als anspruchsvoll eingeschätzt. Entscheidend wird sein, ob in den zentralen Fragen eine tragfähige Einigung erzielt werden kann.

Mit großer Erwartung an das Arbeitgeberangebot sind die Mitglieder der Bundestarifkommission für die vbba in den Verhandlungen eingebunden und werden für die aufgestellte Forderung kämpfen.

Tarifeinigung



Mitglieder der BTK für die vbba.

Foto: Karsten Staß

Nun ist es soweit: Wir konnten uns auf eine Einigung verständigen. Als Mitglieder der Bundestarifkommission haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten mit großem Engagement daran gearbeitet, ein Ergebnis zu erzielen, das sich in wesentlichen Punkten am Abschluss im TVöD orientiert und damit ein vergleichbares Angebot sicherstellt.

Unser Anspruch war es, für die Beschäftigten der Länder ein faires, ausgewogenes und zukunftsfähiges Ergebnis zu verhandeln. Dieses Ziel haben wir konsequent verfolgt und konstruktiv umgesetzt. Die nun erzielte Einigung schafft Planungssicherheit und stellt eine angemessene Anerkennung der Leistungen der Beschäftigten dar.

Die Bundestarifkommission des dbb hat dem Kompromiss zugestimmt.

Der erzielte Tarifkompromiss für den öffentlichen Dienst der Länder sieht eine lineare Entgelterhöhung um 5,8 Prozent vor und weitere strukturelle Verbesserungen. „Natürlich ist das ein Kompromiss und nicht alle unsere Forderungen konnten wir umsetzen“, erklärte Geyer. „Die Ergebnisse bedeuten aber konkrete und nachhaltige Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen – und das in einer extrem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation. Dass die Einkommen spürbar steigen, ist enorm wichtig für die Menschen, die dieses Land 24/7 am Laufen halten.“

Strukturelle Verbesserungen konnten die Gewerkschaften ebenfalls durchsetzen. Geyer: „Zum Beispiel die Erhöhung der Wechselschichtzulage, die Angleichung beim Kündigungsschutz Ost an West und ein Ausbildungspaket mit deutlichen Verbesserungen für junge Menschen, die ihre Karriere im öffentlichen Dienst beginnen.“

Die Details der Einigung:

Die Entgelte erhöhen sich wie folgt:

- > ab dem 1. April 2026 um 2,8 Prozent, mindestens jedoch 100 Euro monatlich
- > ab dem 1. März 2027 um weitere 2 Prozent
- > ab dem 1. Januar 2028 um weitere 1 Prozent

Die Ausbildungsentgelte der Auszubildenden, die Entgelte der dual Studierenden und die Tarifentgelte der Praktikantinnen und Praktikanten erhöhen sich wie folgt:

- > ab dem 1. April 2026 um 60 Euro
- > ab dem 1. März 2027 um weitere 60 Euro
- > ab dem 1. Januar 2028 um weitere 30 Euro

Die Entgeltregelungen haben eine Laufzeit von 27 Monaten bis zum 31. Januar 2028.

Für den dbb ist die Einkommensrunde mit dem Tarifabschluss nicht beendet. „Wir fordern die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung der Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen. Jedem Versuch, bei der Besoldung und Versorgung inhaltlich Abstriche zu machen oder die Umsetzung zu verzögern, werden wir uns massiv widersetzen“, machte der dbb-Chef deutlich.



vbba
Gewerkschaft Arbeit und Soziales



**Tarif.
Machen wir!**

www.vbba.de

HJAV-Wahl



Kandidatinnen und Kandidaten

LARISSA GRÜNENWALD

21 Jahre
Agentur für Arbeit
Stuttgart
Auszubildende,
ab März SC in Stuttgart

„Ich möchte auf Bundesebene eine Stimme für die Auszubildenden und Studierenden sein. Eine Stimme, die gehört wird und die etwas bewegt. Gemeinsamkeit ist hier das Schlagwort, nur gemeinsam sind wir stark und können etwas bewegen, und dafür brauche ich eure Unterstützung.“

TOBIAS ZETTEL

20 Jahre
Agentur für Arbeit
Schwandorf
Studierender

„Servus, ich bin der Tobi, besser bekannt als TubaTobi. Ich kandidiere für die HJAV, da ich unglaublich Lust habe mich für die Interessen meiner Generation einzusetzen. Auf Grund meiner vergangenen Mitgliedschaft im Senat der HdBA fühl ich mich hierzu auch absolut im Stande und weiß wie ich erfolgreich meine Aufgaben als euer Vertreter erfüllen kann.“

SAMET YALCIN

25 Jahre
Agentur für Arbeit
Bochum
Fachassistent ALG Plus

„Mein Wahlmotto:
Junge Ideen, starke Stimmen!“

LAURA PEMPER

22 Jahre
Agentur für Arbeit
Hamburg
Auszubildende

„Ich kandidiere, weil ich für dich und deine Interessen eintreten will. Mit Leidenschaft und Überzeugung setze ich mich für die Stimme der Nachwuchskräfte ein, und bringe dabei meine Erfahrung als stellvertretende Vorsitzende der JAV Hamburg ordentliches Mitglied in der BJAV Nord ein. Nachwuchskräfte liegen mir besonders am Herzen, weil wir die Zukunft von morgen sind und sie bereits heute mitgestalten sollten.“

**NICK ABRAHAM**

23 Jahre
Agentur für Arbeit
Nürnberg
Telefonserviceberater

„Ich war diese Amtszeit Vorsitzender der JAV des IS Nürnberg, Mitglied der BJA V Bayern und Ersatzmitglied in der HJAV. Bereits als Ersatzmitglied konnte ich durch mehrfache Teilnahme wertvolle Erfahrungen sammeln und kandidiere daher erneut für die HJAV. Ich habe stets ein offenes Ohr und setze mich dafür ein, dass die Ausbildung und das Studium ordnungsgemäß ablaufen sowie kontinuierlich verbessert werden.“

“

SIYO CALLI

24 Jahre
Agentur für Arbeit
Stuttgart
Fachassistent
in der Eingangszone

„Ich kandidiere für die HJAV, weil ich mich für die Interessen der Auszubildenden und Studierenden stark machen möchte. Ich möchte unseren Nachwuchskräften von Tag 1 an das Gefühl geben etwas mitzubewirken

Ich höre zu, spreche Probleme offen und direkt an und nehme kein Blatt vor den Mund, wenn es bedeutet unsere Nachwuchskräfte zu unterstützen. Ich möchte mit euch keine Veränderungen ansprechen, sondern bewirken!

“

REBECCA LUDWIG

23 Jahre
Agentur für Arbeit
Sachsen-Anhalt Nord
Telefonserviceberater

„Ich will Euch meine Stimme in der HJAV geben. Dazu brauche ich eure Stimme bei der Wahl!“

“

EMILY MORO

23 Jahre
Agentur für Arbeit
Aschaffenburg
Arbeitsvermittlerin

„Ich möchte eine starke Stimme für junge Beschäftigte sein, ihre Themen ernst nehmen und mich aktiv für Veränderungen einsetzen. Gerade in der heutigen Zeit ist es entscheidend, dass wir uns zielgruppenspezifisch mit den aktuellen Herausforderungen in der Arbeitswelt auseinandersetzen, wie unter anderem der wachsenden Bedeutung von Mental Health am Arbeitsplatz.

Offenheit, Zusammenhalt und Fairness sind mir besonders wichtig – Gemeinsam können wir das Arbeitsumfeld verbessern und echte Perspektiven schaffen. Zudem bringe ich Erfahrung aus der Gremienarbeit mit: Als Ersatzmitglied der BJA V sowie als 2. stellvertretende Landesjugendvorsitzende Bayern kenne ich die Abläufe, die Themen und weiß, wie wichtig es ist, die Interessen der Jugend klar zu vertreten.

„Young voices, real change“

“

MARISSA SOLDIVILLO

32 Jahre
Agentur für Arbeit
Köln
Auszubildende

„Da dies nicht meine erste Ausbildung ist und in meiner vorherigen Ausbildung keinerlei Vertretung vorhanden war, habe ich gemerkt wie wichtig eine starke Interessenvertretung ist und was für eine gute Basis für den Berufsstart geschaffen werden kann.

Ich möchte gerne dazu beitragen anderen helfen zu können und mich für faire Ausbildungsbedingungen einsetzen, sodass auch andere positive Erfahrungen sammeln und den größten Nutzen aus ihrer Ausbildung ziehen können.

Mir ist es wichtig, dass man in der Ausbildung genug Zeit und die nötigen Ressourcen bekommt, damit Nachwuchskräfte die optimalen Bedingungen haben in ihr Berufsleben zu starten.

Ich setze mich entsprechend mit Freude für eine offene, faire und respektvolle Interessenvertretung aller Auszubildenden ein.

“

COSTA SCHEPS

30 Jahre
Agentur für Arbeit
Hildesheim
Auszubildender

„Ich kandidiere für die HJAV, weil ich finde, dass wir Azubis und Studis eine Stimme in der BA brauchen. Ich will nicht nur zuschauen, sondern unsere Ausbildung aktiv mitgestalten, statt nur dabei zu sein.

Wer mich wählt, bekommt jemanden, der zuhört und auch mal unbequeme Fragen stellt, wenn diese uns gemeinsam weiterbringen.

“

DANIEL SCHMID

37 Jahre
Agentur für Arbeit
Hamburg
Auszubildender

„Ich kandidiere für die HJAV um die Ausbildung/Studium und die Arbeitsbedingungen während dieser Zeit zu verbessern und um ggf. direkt Einfluss zu nehmen. Des Weiteren möchte ich meinen Horizont erweitern.

Da ich schon Vorerfahrung als Vorsitzender JAV Hamburg und ordentliches Mitglied der BJA V habe, sowie die ein oder andere Lebenserfahrung, sollte man mich wählen.

“

HJAV-WAHL

22. April 2026

MIT EUCH. FÜR EUCH.
GEMEINSAM.

Update Kompakt

Neues aus der HJAV

Die Dezember-Sitzung stand ganz im Zeichen der Nachwuchskräfte aus Nord. Die Quote der Auszubildenden wurde erneut von 60 auf 90 erhöht. Mit dieser Anpassung sind verschiedene organisatorische Anforderungen verbunden, insbesondere ausreichend besetzte Ausbildungsteams sowie eine verlässliche Betreuung während der Praxiseinsätze. Entsprechende Regelungen wurden bereits zuvor von der BJAV Nord gemeinsam mit dem BPR Nord und der RD vereinbart und gelten weiterhin.

Zusätzlich war der Studierendenrat (StuRa) in der aktuellen Sitzung zu Gast. Im gemeinsamen Austausch wurden die Campus-Situation an den HdBA sowie Themen rund um das Studium thematisiert. Dies ermöglicht der HJAV einen direkten Einblick in die aktuellen Anliegen der Studierendenvertretung.

Zum 01.12.2025 scheidet Ardawan Abdi (Listenplatz 1) aufgrund einer Personalentwicklungsmaßnahme im SGB II aus dem Gremium aus. Ardawan – vielen auch als „Ardo“ bekannt – war über einen langen Zeitraum ein engagiertes und wertvolles Mitglied des Gremiums und mit Listenplatz 1 als Fraktionssprecher für die vbba jugend in der HJAV aktiv. In allen Situationen setzte er sich mit großem Einsatz für die Belange der Nachwuchskräfte sowie für die Interessen der vbba-Fraktion in der HJAV ein.

Die gemeinsame Zeit wird in sehr guter Erinnerung bleiben. Der Abschied erfolgt mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Für seinen weiteren Weg wünschen wir Ardawan viel Erfolg bei der Personalentwicklung und nur das Beste! 🌸

Zum Jahreswechsel ist es Zeit, innezuhalten und auf ein Jahr zurückzublicken, das vom gemeinsamen Einsatz, von Solidarität und von gelebter Mitbestimmung geprägt war. Die vbba Jugend hat sich auch im vergangenen Jahr mit Nachdruck für die Interessen der Nachwuchskräfte eingesetzt und wichtige Themen auf den Weg gebracht. Dieses Engagement zeigt, wie stark gemeinsames Handeln ist. Mit Euch. Für Euch. Gemeinsam.

Mit dem Start ins Jahr 2026 warten neue Herausforderungen, aber auch neue Chancen. Die vbba jugend wird weiterhin entschlossen für faire Rahmenbedingungen, gute Betreuung, Mitbestimmung und Perspektiven für junge Beschäftigte eintreten.

2026 bietet viele Gelegenheiten, sich einzubringen, mitzugestalten und gemeinsam etwas zu bewegen. Nur gemeinsam können Veränderungen erreicht und die Interessen wirksam vertreten werden.

Zum Jahreswechsel wünscht die vbba jugend allen einen guten Start in das Jahr 2026, Gesundheit, Kraft und Zuversicht. Auf ein solidarisches, erfolgreiches und gutes neues Jahr!

Deine Vorteile als Mitglied in der vbba!

- Vertretung Deiner Interessen bei Tarifverhandlungen, sowie in den verschiedenen Gremien
- Freizeitunfallversicherung
- International Student Identity Card (ISIC) Seminare
- Jugendworkshops
- vielfältige Vorsorge- und Einkaufsmöglichkeiten bei unseren Partnern
- Zuschuss zur Fachliteratur, Software und Prüfungsleistungen

Neues aus der Bundesjugendleitung

Anfang Dezember kam die Bundesjugendleitung zu einer Sitzung in Nürnberg zusammen. Ein zentraler Punkt der Tagesordnung war die Neuausrichtung der Bundesjugendleitung, da Chris sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat.

Für sein langjähriges Engagement und seine wertvolle Arbeit in der Bundesjugendleitung danken wir ihm ausdrücklich. Für seinen weiteren beruflichen und persönlichen Weg wünschen wir ihm alles Gute und viel Erfolg.

Inhaltlich lag der Schwerpunkt der Sitzung auf der Planung kommender Veranstaltungen.

Besonders im Fokus stand die Vorbereitung des Landesjugendvertretertreffens, das im Februar 2026 in Köln stattfinden wird.

Erste organisatorische sowie inhaltliche Eckpunkte wurden hierzu gemeinsam erarbeitet und abgestimmt.

Darüber hinaus wurde intensiv an der Planung des Bundesjugendgewerkschaftstages 2026 gearbeitet, der in Bad Kissingen stattfinden wird und als Highlight des kommenden Jahres gilt.

Die Sitzung bildete damit eine wichtige Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung und Zusammenarbeit der Bundesjugendleitung im Jahr 2026.

Abschließend fand die Auslosung des gemeinsamen Gewinnspiels mit der Debeka statt. Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden bereits gesondert informiert. Hier möchten wir uns nochmal für die Zusammenarbeit mit der Debeka bedanken.

» Du hast Interesse an einem Platz in der Bundesjugendleitung?

Engagierte Mitglieder unter 30 Jahren sind herzlich eingeladen, sich einzubringen und aktiv mitzugestalten. Bei Interesse nehme gerne Kontakt mit der aktuellen Bundesjugendleitung auf.



Ist dein Interesse geweckt?

- Rechtsberatung, Rat, Auskunft und Verfahrensrechtsschutz (auch vor Gericht) rund um die Ausbildung/das Studium (z.B. in Prüfungsfragen) und selbstverständlich auch nach der Ausbildung/ dem Studium

Ist dein Interesse geweckt?

Besuche gerne unsere Website oder folge uns in den sozialen Netzwerken. Ein persönlicher Ansprechpartner in deiner Landesgruppe steht dir ebenfalls zur Verfügung!

Wir freuen uns auf dich!



Stoppt Mobbing am Arbeitsplatz

Mobbing – eine Form von Gewalt



Quelle: Alexa, pixabay

Laut aktuellen Schätzungen leiden in Deutschland etwa 1,6 Millionen Menschen, darunter in der Mehrzahl Frauen, an Mobbing am Arbeitsplatz. Jährlich werden 12.000 bis 15.000 Personen wegen Mobbing „frühverrentet“. Weitere Folgen sind Kündigung (23%) und Arbeitslosigkeit.

Mobbing ist kein Phänomen der freien Wirtschaft, nein, auch im öffentlichen Dienst werden Mitarbeitende systematisch durch Verleumdungen, Schikanieren, Blamieren oder Lügen ausgegrenzt. Zentrales Ziel dabei ist, die ausgewählte Person aus der Gemeinschaft auszuschließen. Täterinnen und Täter treten einzeln oder in der Gruppe auf. Es werden wichtige Infos zurückgehalten. Oft ist es sehr schwer für die Opfer, Mobbing nachzuweisen. Dennoch sind sie durch Artikel 1 und Artikel 2 des Grundgesetzes geschützt. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Persönlichkeitsrecht, Gesundheit und die Würde des Arbeitnehmenden zu schützen.

„Gewalt, sexuelle Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz – das ist ein absolutes No-Go“, so der dbb-Vorsitzende Volker Geyer in Berlin am Vorabend des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, am 24. November. „Der öffentliche Dienst habe eine Vorbildrolle.“

Ein wichtiger Schritt dafür ist die Einrichtung der AGG-Stellen in der BA und den Jobcentern. Personalvertretungen und Gleichstellungsbeauftragte stehen den Betroffenen vertraulich mit Rat und Tat zur Seite. Die Folgen von Mobbing belasten nicht nur den Einzelnen psychosomatisch, sondern verursachen auch nicht unbeträchtliche Kosten bei den Sozialversicherungen.

Wie wir Kolleginnen und Kollegen stärken können:

> Aufklären und Unterstützen: Prävention und Sensibilisierung sind entscheidend. Unternehmen können durch Schulungen und klare Unterstützungsangebote ein sicheres Umfeld schaffen.

> Netzwerke nutzen

Wir stehen zusammen

Der Schutz der Kolleginnen und Kollegen muss oberste Priorität haben. Als vbba-Frauenvertretung setzen wir uns aktiv dafür ein, dass Kolleginnen und Kollegen gestärkt und geschützt werden. Für Betroffene und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer gibt es hier Hilfe:

- Hilfefon Gewalt gegen Frauen:
08000 116 016 (kostenfrei, 24/7, anonym)
- Beratungsstellen vor Ort:
Informationen finden Sie unter www.hilfefon.de



Zusammen stehen wir für eine Arbeitswelt, in der sich alle an ihrem Arbeitsplatz sicher und frei fühlen können. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten.

„One Billion Rising“ in Oranienburg

Tanzen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Unter dem Motto „Tanzen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ setzen Menschen weltweit ein sichtbares und kraftvolles Zeichen gegen Gewalt sowie für Solidarität, Gleichberechtigung und ein selbstbestimmtes Leben für alle Frauen und Mädchen. So auch auf der Veranstaltung „One Billion Rising“ in Oranienburg, an der sich Veronique Meier, Frauenvertreterin der vbba Landesgruppe Berlin-Brandenburg beteiligte.

Die Aktion macht deutlich: „Gewalt gegen Frauen ist kein Randphänomen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem“, so Veronique Meier. Auch im beruflichen Umfeld seien Frauen täglich Bedrohungen, verbalen Übergriffen oder anderen Formen von Gewalt ausgesetzt.

Gerade in den Jobcentern und Arbeitsagenturen würden die beschäftigten Kolleginnen immer wieder schwierige und belastende Situationen erleben. „Als Gewerkschaft setzt sich die vbba konsequent für den Schutz ihrer Mitglieder und für sichere Arbeitsbedingungen ein“, hebt Veronique Meier hervor. Ein respektvoller und gewaltfreier Arbeitsplatz sei ein unverzichtbares Recht.

Mit der Teilnahme an „One Billion Rising 2026“ in Oranienburg unterstreiche die vbba Landesgruppe Berlin-Brandenburg ihre klare Haltung:



Starke Aktion gegen Gewalt an Mädchen und Frauen.

Foto: Veronique Meier

„Keine Toleranz gegenüber Gewalt an Frauen – weder im privaten Umfeld noch im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz.“ Gemeinsam haben man ein starkes Zeichen gesetzt für Respekt, Gleichstellung und Sicherheit.

Text: Janina Hildebrandt

Senioren Aktuell · Dezember 2025

„Wer rastet, der rostet“ oder aber auch „Für das Altenteil noch zu schade“



Der Ruhestand bedeutet nicht, vom aktiven Leben Abschied zu nehmen. Für viele Kolleginnen und Kollegen bedeutet der Ruhestand vielmehr, sich endlich ohne die Einschränkungen, die das Berufsleben mit sich brachte, familiären, sportlichen, gesellschaftlichen oder caritativen Aktivitäten zu widmen. Sie übernehmen Betreuungsaufgaben in ihren Familien oder widmen sich im Ehrenamt Vereinen und caritativen Organisationen. Sie leisten damit über das Berufsleben hinaus wertvolle Dienste für und an der Allgemeinheit – Dienste, die in der Öffentlichkeit vielfach nicht gesehen und entsprechend wertgeschätzt werden.

Uns hat der Bericht eines langjährigen vbba-Mitglieds erreicht, der einmal stellvertretend für viele, die sich für die Allgemeinheit einbringen, über sein außergewöhnliches Engagement im Ehrenamt im Ruhestand erzählen möchte:

Der Kollege beweist nachdrücklich, dass Senioren noch lange nicht zum „alten Eisen“ gehören.

Gerade im Ruhestand ist ein wertvolles gesellschaftliches Engagement möglich! Und es ist an der Zeit, das lebensältere Menschen mit ihren ganzen Erfahrungen, Potentialen und Expertisen nicht nur als „Fürsorgeobjekte“ betrachtet werden.

» Wenn auch Sie über
besondere Aktivitäten
im Ruhestand berichten
möchten – schreiben Sie uns!



 **vbba**
Seniorenvertretung

Ich darf Ihnen kurz von meiner Tätigkeit schildern:

Ich treffe mich heute um 14.00 Uhr mit meiner Kollegin Yasmin, auch Mitarbeiterin im Weißen Ring. Wir sind in der Polizeiinspektion Saarlouis verabredet mit Annette, einer 50 Jahre alten Frau.

Annette wurde länger als ein Jahrzehnt von ihrem Partner in der gemeinsamen Wohnung geschlagen, getreten, gewürgt und immer wieder vergewaltigt. Bisher hatte Annette nie die Kraft und den Mut, sich von ihrem Partner zu trennen, sie ertrug immer die Schmerzen und die Qualen. Nach der letzten, sehr heftigen Attacke hat sie nun ihren Partner verlassen und hat auch Anzeige bei der Polizei erstattet. Von der Polizei bekam sie den Hinweis, sich an den Weißen Ring zu wenden.

Nun sitzt Annette vor mir und meiner Kollegin Yasmin und schildert uns ihr jahrelanges Martyrium. Sie scheint völlig traumatisiert zu sein und erhofft sich von uns weitere Hilfestellungen. Mit zunehmender Gesprächsdauer scheint sie lockerer zu werden. Sie merkt wohl, dass wir beide ihr einfach nur zuhören, sie scheint das Gefühl zu haben, dass sich endlich mal jemand für ihr Schicksal interessiert.

Wie können wir beide jetzt Annette konkret helfen?

Wir überzeugen Annette davon, sich an einen Opferanwalt zu wenden. Sie bekommt von uns eine Liste der anerkannten Opferanwälte und auch einen Beratungsscheck, damit bei dem Anwalt keine weiteren Kosten auf sie zukommen.

Da sie nach wie vor schwer traumatisiert ist, empfehlen wir ihr eine Therapie in einer Trauma-Klinik.

Der Weiße Ring sorgt auch hier für einen zeitnahen Termin, da wir sehr gut vernetzt sind. Die Kosten für das erste Beratungsgespräch dort trägt der Weiße Ring.

Yasmin und ich sind nach diesem ausgiebigen Gespräch mit Annette der Überzeugung, wieder einem Opfer geholfen zu haben. Annettes Rückmeldung an uns bestätigt dies. Sie fragt sich immer wieder, warum sie sich nicht schon viel früher getrennt und Hilfe in Anspruch genommen hat.

Was ist eigentlich der Weiße Ring?



Der Weiße Ring ist eine deutsche Hilfsorganisation für Opfer von Kriminalität, die kostenlose und persönliche Hilfe leistet, wie z.B. emotionale Unterstützung, Begleitung zu Behörden oder finanzielle Hilfen in Notlagen.

Er wurde 1976 vom Fernsehmoderator Eduard Zimmermann (Aktenzeichen XY ... ungelöst) gegründet, hat über 40.000 Mitglieder und rund 400 Außenstellen in ganz Deutschland.

Die Organisation engagiert sich auch in der Kriminalprävention und setzt sich politisch für die Belange von Kriminalitätsopfern ein.

Näheres unter: <https://weisser-ring.de>

Weitere interessante Informationen



- Das Finanzamt wird digital. Den **Steuerbescheid** gibt's künftig nur noch in **elektronischer Form**. Wer diesen weiterhin in Printform erhalten will, muss sich mit dem Finanzamt in Verbindung setzen. Aktuell ist jedoch unklar, ob dies schon ab 2026 oder erst 2027 gilt.

<https://www.steuertipps.de/finanzamt-formalitaeten/steuerbescheid-elektronische-bekanntgabe-wird-standard>



- Wer einen Minijob hat, für den ändert sich mit der **Erhöhung des Mindestlohnes** einiges.

Näheres dazu im nachstehenden Link:

<https://www.ihre-vorsorge.de/soziales/soziales-allgemein/mindestlohn-minijob-und-midijob-was-sich-2026-aendert>



- Zum Thema **Führerscheinumtausch** hier noch eine Info für diejenigen, die noch alte Papierführerscheine haben. Die gute Nachricht: Wer vor 1953 geboren ist, hat noch bis 2033 Zeit mit dem Umtausch.

<https://www.ihre-vorsorge.de/soziales/soziales-allgemein/mindestlohn-minijob-und-midijob-was-sich-2026-aendert>



<https://www.ihre-vorsorge.de/soziales/nachrichten/fuehrerschein-umtausch-sind-sie-nun-dran>



Seit 70 Jahren.
**Aus Überzeugung.
Mit Herz. Für Euch.**

www.vbba.de

Ratgeber der Verbraucherzentrale

• „Rente in Sicht“

Der neue Ratgeber **„Rente in Sicht“** stellt Rentenarten und den Weg zur Antragstellung verständlich vor. Er erläutert aber auch, was die persönliche Renteninformation aussagt, wo sich Rentenlücken auftun können und wie die eigene Finanzstrategie für einen auskömmlichen Ruhestand ausgerichtet werden kann.



Die Themen des Ratgebers:

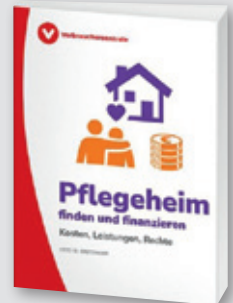
- Renteninformation lesen und verstehen
- Kranken- und Pflegeversicherung bei Rentenbezug
- Besteuerung der Alterseinkünfte
- Staatlich geförderte und private Altersvorsorge
- Versicherungen für Ruheständler
- Wohnformen im Alter
- Vorausschauende Nachlassplanung

<https://shop.verbraucherzentrale.de/themen/altersvorsorge-rente/rente-in-sicht/9783863361983>



• Pflegeheim finden und finanzieren

Etwa 5,5 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig, davon ca. 900.000 in stationärer Pflege. Und die monatlichen Kosten für einen Heimplatz sind enorm – ca. 2.800 Euro Eigenanteil im ersten Jahr, Tendenz stark steigend. Nur: Wer kann das bezahlen?



Alles zum Thema **„Pflegeheim finden und finanzieren“** beantwortet der gleichnamige Ratgeber.

<https://shop.verbraucherzentrale.de/rubriken/alle-titel-von-a-z/pflegeheim-finden-und-finanzieren/9783863364281>



• Weitere Titel aus dem Programmbereich „Gesundheit und Pflege“:

Die 7. Auflage unseres Bestsellers **„Das Pflegegutachten“** erscheint nun in einem größeren und damit lesefreundlicheren Format. Der Ratgeber **„Pflegefall - was tun?“** wurde ebenfalls komplett überarbeitet und gibt einen schnellen Überblick, wenn Angehörige Pflege benötigen.

Alle neuen Ratgeber-Titel sowie das gesamte Programm finden Sie hier:

<https://shop.verbraucherzentrale.de/themen/gesundheit-pflege/>



<https://shop.verbraucherzentrale.de/themen/>



Senioren Aktuell • Februar 2026

Für ein Miteinander aller Generationen

Gegen Ageismus – Altersdiskriminierung erkennen und stoppen. Dazu hat sich die dbb-Seniorenvertretung in ihrer Hauptversammlung positioniert.



Die dbb-Senioren haben bei ganz unterschiedlichen Gelegenheiten Erfahrungen mit Diskriminierung von Alters wegen gemacht. Ob in Versicherungspolice, Kreditverträgen oder in der laufenden Debatte über die sozialen Sicherungssysteme – das Thema ist überall. Sie wollen aufklären, wie Altersdiskriminierung durch andere, aber auch gegen sich selbst funktioniert und was jeder dagegen unternehmen kann.

Ageismus ist ein weitverbreitetes Phänomen, das jeden auch bereits in jungen Jahren treffen kann. Sätze wie „Das kannst du doch nicht, dazu bist du zu jung“ oder „Das kannst du doch nicht machen – in deinem Alter“, kennen viele. Auch freundlich gemeinte, aber eben herablassenden Bezeichnungen wie „die süße Omi“ und „der niedliche Opi“ für wildfremde alte Menschen haben sich viele schon anhören müssen.

Auf der Grundlage der Erkenntnisse der 9. Seniorenpolitischen Fachtagung „Generation Ü65 – unterschätzt und übersehen?“ hat die dbb-bundes-seniorenvertretung die Position „Ageismus erkennen und stoppen“ erarbeitet. Die Hauptversammlung der dbb-bundesseniorenvertretung hat auf ihrer Sitzung (bei der die **vbba-Seniorenvertretung** auch eine Stimme hat) im Oktober 2025 dieser Position zugestimmt.

Die Position gegen Ageismus finden Sie unter:
<https://www.dbb-senioren.de/positionen.html>



Auszug aus dbb magazin 12/2025

 **vbba**
Seniorenvertretung

Europäische Gewerkschaftsarbeit

CESI Seniors, die Seniorenorganisation der europäischen Gewerkschaftsvereinigung, nimmt ihre Arbeit auf und wählt **Horst Günther Klitzing vom dbb** einstimmig zu ihrem Präsidenten.



Neben der Verabschiedung der Grundsätze der zukünftigen Arbeitsweise ergab eine erste Aussprache über mögliche Arbeitsthemen, dass die **Zukunft der Pflege** in allen Ländern als besonders dringliches Problem angesehen wird.

Flavia Teodosiu von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission referierte über die Empfehlung der Kommission zum „**Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Langzeitpflege**“ aus dem Jahr 2022. Zudem wurde über den jüngsten Bericht der Kommission über „**die Angemessenheit und die Modalitäten von Renten und Pensionen in den Mitgliedstaaten**“ diskutiert.

Die Confédération Européenne des Syndicats Indépendants (CESI) oder Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften, vertritt auf EU-Ebene über sechs Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus über 40 Gewerkschaftsorganisationen in ganz Europa und engagiert sich im europäischen Sozialdialog.

 **Wir gratulieren Horst Günther Klitzing sehr herzlich zu seiner Wahl!**

Auszug aus AiR Dezember 2025

Seniorensseminar 2026

Wir werden in **Fulda vom 1.-3. Juli 2026** unser diesjähriges Seniorensseminar durchführen. Themen werden u.a. sein:

- **Seniorenrechtliches Wohnen**
- **Vererben/Verschenken**
- **Künstliche Intelligenz und digitale Kommunikation: Chancen, Risiken, Perspektiven**

Bei Interesse, bitte per Mail über die Bundesgeschäftsstelle (info@vbba.de) anmelden!



Weitere interessante Informationen



- Wer kennt das nicht? Regelmäßig **zu Jahresbeginn steigen die Beiträge in der privaten Krankenversicherung**. Nach § 20 Abs 2 des AGG haben die Versicherungen das Recht, ihre Beiträge nach versicherungsmathematischen Grundsätzen anzupassen (= zu erhöhen).

Die vbba und der dbb haben dazu leider keine Einflussmöglichkeiten.



Weitere Informationen gibt es hier:

- Die **Pflege naher Angehöriger** belastet. Wie man sich vor einer **persönlichen Überlastung** schützen kann, erfahren Sie hier:



- Wer eine kleine Fellnase daheim hat, weiß, wieviel Freude diese einem geben kann. Doch steigen mit deren Alter auch die in Tierarztkosten – nicht zuletzt durch die seit Anfang 2025 stark erhöhten Tierarzthonorare. Da überlegt sich mancher den **Abschluss einer Tierarztversicherung**.



Was diese leistet und was diese durchschnittlich kostet, kann hier nachgelesen werden:

- Wie jedes Jahr ändern sich **Freibeträge/Freigrenzen**.

Welche für die **Renten** gelten, können Sie hier nachlesen:



- Wieder mal ein Versuch, aus Unwissenheit Kapital zu schlagen. In den sozialen Medien kursieren derzeit Meldungen, wonach ohne einen Lebensnachweis ab Januar keine Rente mehr gezahlt werde. Dafür verlangen unseriöse Anbieter gleich mal € 150.



Was es damit auf sich hat, erfahren Sie hier bei der DRV:



FAQ für Beamtinnen und Beamte

Seit dem 1. Januar 2026 gilt die gesetzliche Regelung der sogenannten Aktivrente, die einen steuerfreien Hinzuverdienst bei einer Erwerbstätigkeit im Alter in Höhe von monatlich 2.000 Euro ermöglicht (§ 3 Nr. 21 EStG).

Viele Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sind unsicher, ob und inwieweit auch sie von dieser Regelung profitieren können.

Über den angegebenen Link werden für Beamtinnen und Beamte die wichtigsten Fragen in Bezug auf die etwaige Einbeziehung in die Regelungen des Aktivrentengesetzes beantwortet.

<https://www.dbb.de/artikel/aktivrente-und-einbeziehung-von-beamten.html>



EIN LEBEN LANG ...

Immer ein
GEWINN



vbba
Seniorenvertretung

Grundsatzkommission 1

KI ist mehr als BAKIRA



Die GK1 auf „Mission KI“

Foto: Malte Zienteck

Die GK1 auf „Mission KI“ in Berlin

Willkommen, bitte folgen Sie mir“, begrüßt der Roboter die Ausstellungsgäste der „Mission KI“ und rollt in Richtung eines Saals mit Schautafeln. Die Mitglieder der Grundsatzkommission Digitalisierung, kurz: GK1, haben bei ihrem Treffen in Berlin Gelegenheit, Künstliche Intelligenz in praktischen Beispielen zu erfahren.

Künstliche Intelligenz in der BA – das ist für die GK1 ein zentrales Thema. Genutzt wird sie bereits in einigen Bereichen, seit Ende 2025 ist die Recherche-Software „BAKIRA“ in der Praxisphase. Die Abkürzung steht hierbei für Recherche-Assistenz basierend auf Künstlicher Intelligenz, mit speziellen Funktionalitäten zugeschnitten auf die BA. Damit die IT-Lösung von der Belegschaft besser genutzt werden kann, hatte das Team der GK1 der vbba im Sommer 2025 die Anleitung zu „Richtig prompten“ erarbeitet und in der Folge an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versandt. So trifft es sich gut, dass die GK1 das quartalsmäßige Treffen im Dezember in Berlin persönlich anberaumt hat: Zeitgleich läuft in Berlin eine Sonderausstellung „Mission KI“, auf der sich das Team dem Thema über den Tellerrand der BA hinaus weiter nähern kann.

Im Innovations- & Qualitätszentrum für Künstliche Intelligenz (<https://mission-ki.de/de/iqz-berlin>), kurz: IQZ Berlin, will das Ministerium für Digitales und Verkehr zeigen, dass Deutschland bei diesem wichtigen Thema nicht abgehängt ist. Der Einstieg in die Ausstellung überzeugt die GK1-Mannschaft allerdings nicht so ganz. Der Roboter, der die Begrüßung übernimmt, sieht schick aus, zeigt jedoch außer einem „Willkommen“ und einem ersten Wegweiser in die gewünschte Laufrichtung keine nennenswerten Fähigkeiten.

Greifbare Beispiele machen Entwicklung der KI lebendig

Die Ausstellung bietet aber auch spannende Möglichkeiten der Interaktion mit KI-generierten Personen, spielerischen Wettbewerb mit KI im Erkennen von Bildern oder präsentiert praktische Beispiele von deutschen Unternehmen zum aktuellen Stand der Technik. Eine Mixed-Reality-Brille zum Ausprobieren für die Besucher erlaubt den Blick ins Körperinnere, in der Anwendung verbessert sie medizinische Behandlungen. In einem weiteren Anwendungsbeispiel ist zu sehen, wie KI mittels gescannter Körper die individuelle Arbeitsumgebung anpassen und planen kann, damit die Körperhaltung am Arbeitsplatz verbessert und so zu besseren Arbeitsbedingungen beiträgt. In der Logistik navigieren Roboter autonom und schützen unter anderem vor Arbeitsunfällen. Selbstverständlich erkennt KI aus Deutschland auch Gesichter und hat Anwendungsbeispiele hierfür. Teilweise animierte Infotafeln zu rechtlichen Grundlagen, ethischen Standards und Qualitätssicherung erinnern an die Regelungen, mit denen die EU die von vielen skeptisch beäugte Entwicklung von KI vertrauenswürdig halten will. Das Fazit der GK1 nach dem Besuch: Greifbare Erfahrungen zeigen deutlich die schier unendlichen Einsatzmöglichkeiten. Der Einfluss auf den Arbeitsmarkt und unsere täglichen Aufgaben in der BA werden hiervon künftig sicher immer stärker bestimmt.

Der Vorsitzende der vbba, Christian Löschner, hat sich Zeit genommen und nimmt per Video an der Sitzung teil. Gespannt lauscht das GK1-Team seinen Ausführungen zu den geplanten Neuerungen in der vbba im kommenden Jahr. Klar ist auf jeden Fall: Das eingespielte Team der GK1 wird weiterhin die rasanten Entwicklungen bei Digitalisierung und KI beobachten, der Belegschaft der BA Hilfestellung geben, Missstände aufzeigen und gegebenenfalls Veränderungen einfordern.

Text: Britta Wülfing



Christian Löschner informierte die GK1 zu aktuellen Themen.

Foto: Malte Zienteck

Landesgruppe Bayern

Landesgewerkschaftstag Kreative Ideen

Gemeinsam Gassigehen mit den Gewerkschaftskollegen

Im November kamen die Delegierten der Landesgruppe Bayern zum traditionellen Landesgewerkschaftstag im Landgasthof Schneider in Riedenburg zusammen. Auf den ersten Blick wirkte alles wie immer, doch bei genauerem Hinschauen war das vergangene Jahr eine Zäsur - nicht nur für die Landesgruppe, sondern auch für die Bundes-vbba. Dies wurde gleich deutlich, als die im letzten Jahr neu gewählte Vorsitzende Claudia Morawietz in ihrem ersten Tagesordnungspunkt zum Gedenken an die verstorbenen Kolleginnen und Kollegen in Bayern erinnerte. Viele gedachten dabei natürlich auch unserem langjährigen Bundesvorsitzenden, Waldemar Dombrowski, der hier in Riedenburg regelmäßig zu Gast war. Die Sitzungsleitung übernahm der stellvertretende Vorsitzende, BPR- und HPR-Mitglied Christian Roth. Claudia Morawietz berichtete zunächst darüber, wie sie und ihr Vorstandsteam sich in einer Klausurtagung neu aufgestellt hatten.

Eine klare Aufgaben- und Verantwortungsteilung war ihr besonders wichtig. Die in die Jahre gekommene Geschäftsordnung wurde entstaubt. Neuer Schwung wurde durch die Social Media Auftritte auf Instagram und Facebook gebracht. Dies übernahmen die jungen Kollegen Mareen Timm und Samy Stanglmair.

Beim Austausch der örtlichen Gruppenvorsitzenden sorgte Jens Kersten aus Weiden für ein wunderbares Beispiel, wie man aus der Not eine Tugend machen könne. Enttäuscht über die wenigen Rückmeldungen zum Jahrestreffen der Gruppe schrieb er in einer Mail: Da sage er lieber ab und gehe mit seinem Hund Gassi. Als immer mehr Kolleginnen und Kollegen antworteten, bei einem Hunde-Spaziergang wären sie sofort dabei, wandelte er das Treffen in ein gemeinsames "Gassigehen mit der Gewerkschaft" um. Letztendlich waren fünfundzwanzig Zwei- und fast genauso viele Vierbeiner mit dabei. Kersten freute sich über den Zuspruch und erwo, die Aktion bald zu wiederholen. In vielen örtlichen Gruppen erlebt



Claudia Morawietz und
Matthias Blendel (BBBank).

Foto: Boris Maschke



Gruppenfoto mit GIS der RD Bayern, Sven Rauschenbach.

Foto: Boris Maschke

man, dass die Mitglieder immer weniger an Veranstaltungen teilnehmen oder sich engagieren und man freute sich über das Positivbeispiel.

Der erste Gastredner der Tagung war Matthias Blendel von der BBBank. Er erzählte, wie die Bank gegründet wurde und warum vor allem Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst - und natürlich auch die Schatzmeister der Gewerkschaften - ein ideales Angebot bei der Spezialbank erhielten.

Im Anschluss durften wir Sven Rauschenbach, den GIS der Regionaldirektion Bayern begrüßen, der ein vergleichsweise schwieriges Thema vertrat. Ob ZUPI „supi“ wird, ließ er zwar offen, aber er erläuterte die Gründe, warum die HR-Transformation notwendig ist, um sich für die Herausforderung der Zukunft gut aufzustellen.

Ebenfalls vor großen Herausforderungen steht die vbba selbst. Da unser Gast aus der Bundesleitung, Gerhard Knab, kurzfristig erkrankte, sprang unser Bundesvorsitzender Christian Löschner ein und schaltete sich online zum LGT zu.

Auch im Bund ist vieles neu bei der vbba: Neue Bundesgeschäftsstelle, neue Homepage. Das Magazin wurde aktualisiert, nicht zu vergessen die



Vorstand der Landesgruppe;
Christian Roth, Claudia Morawietz und Boris Maschke.

Foto: Boris Maschke

Bundesleitung, die sich ebenfalls neu sortierte. Nach dem Weggang von Waldemar Dombrowski war es erforderlich geworden, die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. Im Fokus steht aktuell die Umwandlung in einen eingetragenen Verein und die angedachte Satzungsänderung am kommenden Bundesgewerkschaftstag.

Nachdem die Arbeitnehmer ihre „erstreikte“ Lohnerhöhung bereits erhalten hatten, setzte man sich weiter verstärkt für die Übertragung auf die Beamten ein. Händeringend warte man auf einen Gesetzesentwurf. Bei den neuen Gehaltstabellen war die gute Nachricht: Es wird nur Gewinner geben. Mit der Einschränkung: Einige werden größere, manche kleinere Gewinner. Auch die lange überfällige Arbeitszeitreduzierung soll weiterhin ein Thema bleiben.

Zu den Gewinnern gehört mit Sicherheit die Landesgruppe Bayern.

Beim Kassenbericht wurde wieder deutlich, dass Sebastian Weiß seinen Ruf als vielleicht schnellster und zuverlässigster Schatzmeister Deutschlands wieder unter Beweis gestellt hatte. Die Kassenprüfer Robert Scholl und Susanne Oppermann (in Abwesenheit) bestätigten seine gute Arbeit.

Nach einigen eher holprigen Jahren wird auch der Bereich SGB II in Bayern wieder mit großer Kompetenz und Engagement vom jungen Kollegen Robin Roder abgedeckt. Er berichtete über die Folgen des Bürgergeldes und des anstehenden Rechtskreiswechsels der Ukrainer.

In guten Händen befindet sich seit eh und je die Frauenvertretung in persona von Annette Arnold aus München, die von ihrer Stellvertreterin Nina Haas unterstützt wurde.

Bei der Jugendvertretung steht die Vorbereitung der JAV-Wahlen im kommenden Jahr im Zentrum. Und die Frage, wie man die Wahlbeteiligung in akzeptable Bereiche erhöhen könne. Samy Stanglmair bat um Tipps und Unterstützung aus den örtlichen Gruppen.

Seniorenvertreter Wolfgang Franz betrauerte nochmals das älteste vbba-Mitglied, Gerhard Dyballa, der im vergangenen August kurz nach seinem 103. Geburtstag verstorben war.

Für inspirierende Impulse sorgte wieder Boris Maschke vom Arbeitskreis Vielfalt. Er zeigte im „Mitmachspiel Macht“ auf, wie privilegiert einzelne Gruppen im Vergleich zu anderen sind.

Am Ende gab es noch jede Menge Dank an all die Menschen, ohne die eine Landesgruppe nicht funktioniert. Unter anderem Beppo Sollacher für das Betreuen der Homepage. Auch die Ehrungen der besten Einzelwerber durften nicht fehlen: In Abwesenheit waren dies Florian Buckenleib mit 10 Einzelwerbungen und Vanessa Nau als Drittplatzierte aus Nürnberg. Zweitbesten Werber Bayerns wurde Alex Kunkel aus Aschaffenburg.

Geehrt wurden an dieser Stelle die beiden örtlichen Vorsitzenden Uwe Federholzner (Landshut-Pfarrkirchen) und Thomas Hofmann (Ingolstadt) für 25 Jahre Mitgliedschaft in der vbba.

Besonders erfreulich war, dass es Nina Haas gelang, der örtlichen Gruppe Ansbach neues Leben einzuhauchen, dort gab es 7 Neuerwerbungen ebenso wie in Schwandorf und Traunstein. Eine mehr reichte Schweinfurt für Rang 3. München kam auf 23 neue Mitglieder.

vbba-Hochburg Bayerns blieb Nürnberg mit sagenhaften 42 Neumitgliedern.

Der Familie Schneider vom Landgasthof Schneider wurde durch die Vorsitzende für die großartige Gastfreundschaft gedankt.

Am Ende sagte Tagungsleiter Christian Roth „sakrisch Dankeschön“ an alle Teilnehmenden und übergab das Schlusswort an Claudia Morawietz, die im Hintergrund den Großteil der Tagung organisiert hatte.

Text: Bernhard Straßer



Foto: Boris Maschke

Jahresauftakt der vbba Bayern

Weichenstellung für das Jahr 2026

Mit einer Klausurtagung ist die vbba Bayern in das neue Arbeitsjahr gestartet. Im Mittelpunkt des Treffens stand die strategische Ausrichtung für 2026: Im gemeinsamen Austausch beriet der Landesvorstand sich über inhaltliche Schwerpunkte, gewerkschaftspolitische Zielsetzungen und organisatorische Maßnahmen für das kommende Jahr.

Dabei ging es unter anderem um die Stärkung der Interessenvertretung der Beschäftigten, sowie um aktuelle Herausforderungen. Erneut erhielten wir Rückmeldungen, dass es bei der Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten der Postbeamtenkrankenkasse vereinzelt zu Problemen kommt, die den Bearbeitungsprozess verzögern oder erschweren können.

Ziel ist es, offene Fragen frühzeitig zu klären und mögliche Hindernisse gemeinsam zu lösen. Um sicherzustellen, dass Anträge zügig und korrekt bearbeitet werden können, werden wir den Betroffenen demnächst eine Hilfestellung zur Hand geben. Die angebotene Hilfe richtet sich an alle, die Unsicherheiten bei der Antragstellung oder im laufenden Verfahren haben.

Die Klausurtagung bot ebenfalls Raum für einen offenen Austausch, die Bewertung bisheriger Arbeit und die Festlegung konkreter Handlungsfelder für die nächsten Monate.

Mit klaren Zielen und einem gemeinsamen Verständnis für die anstehenden Aufgaben sieht sich die vbba Bayern gut gerüstet für das Jahr 2026.

Text: Sebastian Weiß



Landesgruppe NRW

Klausurtagung Landesgruppenvorstand

Am 30. und 31. Januar traf sich der Landesgruppenvorstand der vbba NRW im winterlichen Lennestadt. Die Planung der Jahresaktivitäten in den verschiedenen Fachbereichen und für die verschiedenen Rechtskreise stand auf dem Programm. In Zeiten von geplanten Gesetzesänderungen und gravierenden internen Reformprozessen der BA sind hohes Engagement in der Vertretung der Kolleginnen und Kollegen als Gremienvertretungen sowie eine intensive Mitgliederbetreuung wichtige und sensible Aufgaben im Jahr 2026. Forderungen nach tariflichen Nachzeichnungen der Reformprozesse und neuer Fachkonzepte gehören dazu.

Der rege Austausch untereinander sowie die Planungen bis hin zu Workshops für spezielle Mitgliedergruppen fanden in offener und freundschaftlicher Atmosphäre statt.

Text: Annette von Brauchitsch-Lavaulx



Foto: Bernhard Schmitz

Landesgruppe RPS

Klausurtagung des Landesvorstandes

Strategische Weichenstellungen für das Gewerkschaftsjahr 2026

Am 23. und 24. Januar traf sich der Landesvorstand zu einer Klausurtagung im Bildungszentrum der Arbeitskammer des Saarlandes in Kirkel. In konzentrierter Arbeitsatmosphäre wurden zentrale Themen für die zukünftige Ausrichtung der Gewerkschaft beraten. Im Fokus standen die Mitgliederwerbung, organisatorische Fragen der Vorstandsarbeit, die Vorbereitung des Bundesgewerkschaftstags, die JAV-Wahlen sowie die Beschaffung neuer Werbemittel.

Mitgliederwerbung als zentrale Zukunftsaufgabe

Ein Schwerpunkt der Tagung lag auf der strategischen Weiterentwicklung der Mitgliederwerbung. Diskutiert wurden neue Ansätze zur Ansprache der Beschäftigten und Nachwuchskräfte sowie Möglichkeiten, die gewerkschaftliche Präsenz in den Agenturen und Jobcentern weiter zu stärken. Dabei wurde deutlich, dass persönliche Ansprache, digitale Kanäle und eine klare Kommunikation gewerkschaftlicher Erfolge künftig noch stärker miteinander verzahnt werden sollen.

Organisatorisches und Zusammenarbeit im Vorstand

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt betraf organisatorische Fragen der Vorstandsarbeit. Ziel war es, interne Abläufe zu optimieren, Verantwortlichkeiten klarer zu strukturieren und die Zusammenarbeit innerhalb des Vorstands weiter zu verbessern, um auch künftig handlungsfähig und gut aufgestellt zu sein. Nurdan Toraman wurde durch einstimmigen Vorstandsbeschluss kommissarisch für den Bereich SGB II in den Vorstand aufgenommen. Auf dem nächsten Landesgewerkschaftstag im Oktober entscheiden darüber noch die Delegierten.

JAV-Wahlen im Blick

Die anstehenden Wahlen zur Haupt- Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung nahmen ebenfalls breiten Raum ein. Die Bedeutung der Jugend- und Auszubildendenarbeit für die Zukunft der Gewerkschaft wurde nochmals hervorgehoben sowie die Notwendigkeit einer aktiven Unterstützung und Begleitung der Wahlen. Ziel ist die Aufstellung einer schlagkräftigen Liste für die BJAV-Wahl im April dieses Jahres.



Der Landesvorstand RPS.

Foto: Madeleine Däges

Vorbereitung des Bundesgewerkschaftstags

Intensiv vorbereitet wurde zudem der anstehende Bundesgewerkschaftstag. Neben organisatorischen Fragen ging es insbesondere um inhaltliche Schwerpunkte, Antragsberatungen und die Positionierung zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen.

Neue Werbemittel

Abschließend präsentierte die Marketingbeauftragte die neuen Werbemittel. Diese sollen künftig ein einheitliches und modernes Erscheinungsbild unterstützen und insbesondere die Mitgliederwerbung sowie die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort stärken.

Austausch auch abseits der Tagesordnung

Neben den inhaltlichen Arbeitseinheiten nutzten die Teilnehmenden den gemeinsamen Abend in gemütlicher Atmosphäre für einen intensiven fachlichen und privaten Austausch. Ein besonderer Dank gilt dem Team des Bildungszentrums, das mit seinem aufmerksamen und freundlichen Service zum gelungenen Verlauf der Klausurtagung beigetragen hat.

Fazit

Die Klausurtagung zeigte einmal mehr, wie wichtig der gemeinsame Dialog und die strategische Planung ist. Mit den behandelten Themen hat der Landesvorstand die Grundlage für ein erfolgreiches Gewerkschaftsjahr 2026 gelegt und die strategische Ausrichtung weiter geschärft.

Text: Madeleine Däges

Landesgruppe Berlin-Brandenburg

vbba folgt Einladung zur PV in Neuruppin: Mitgliedschaft und Ehrenamt beworben

Die wichtige Rolle der Gewerkschaften in der Gesellschaft stellt vbba-Landesgruppenvorstandsmitglied Lutz Lichtenheld auf dem Podium der Personalversammlung der Agentur für Arbeit Neuruppin vor. Der ehrenamtlich tätige Ruheständler pflegt ein enges Verhältnis zu seiner früheren Arbeits- und Wirkungsstätte.

Lutz Lichtenheld folgt mit seinem Auftritt der Einladung des Personalratsvorsitzenden Mario Tarun, der ebenfalls dem Vorstand der Landesgruppe Berlin-Brandenburg angehört und hier für Rechtsschutzfragen zuständig ist. In seinem Redebeitrag geht Lutz Lichtenheld auf die wichtige Funktion der Gewerkschaften ein: „Ohne Gewerkschaften müssten alle abhängig Beschäftigten den Lohn für ihre Arbeit selbst aushandeln“, so das vbba-Landesgruppenvorstandsmitglied. In langen und mühsamen Tarifverhandlungen würden Gewerkschaften für einen Tarifabschluss im Sinne der Arbeitnehmenden sorgen. Wenn die Verweigerungshaltung der Arbeitgebenden die Verhandlungen ins Stocken bringe, würden die Mitglieder auf die Straße gehen, um für einen positiven Abschluss zu streiken. Lutz Lichtenheld meint damit vornehmlich die Mitglieder der vbba, die als Fachgewerkschaft die Beschäftigten von Arbeitsagenturen und Jobcentern vertritt.

„Doch wer soll als starker Partner im Arbeitsleben auftreten, wenn insbesondere die jungen Menschen eine aktive oder passive Mitarbeit in einer Gewerkschaft ablehnen?“, hinterfragt Lutz Lichtenheld. Auch die vbba unterliege der demografischen Entwicklung, die Mitglieder würden nicht jünger und die tägliche Belastung am Arbeitsplatz lasse wenig Spielraum für außerdienstliche Aktivitäten wie gewerkschaftliches Engagement. Daher wirbt Lutz Lichtenheld bei den rund 100 anwesenden Beschäftigten für eine Mitgliedschaft in der vbba. „Es geht bei den Mitgliedschaftsvorteilen nicht nur um Werbegeschenke, Rabattaktionen oder Seminarangebote, sondern um die Notwendigkeit, die vbba und damit die Rechte und Belange der Arbeitnehmenden zu stärken.“

Text: Bernhard Brügger



Lutz Lichtenheld und Mario Tarun auf der Personalversammlung der Agentur für Arbeit Neuruppin.

Foto: Lutz Lichtenheld

 **vbba**
Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**Vor Ort
gemeinsam für Sie da!**

www.vbba.de



München

Jahreshauptversammlung



Die örtliche Gruppe München, die zweite von links: die bisherige Vorsitzende Annette Arnold.

Foto: Boris Maschke

Gar nicht weit von der Münchner Agentur für Arbeit entfernt hat sich die regionale vbba Gruppe München zu ihrer Jahreshauptversammlung getroffen, dem bereits dritten Präsenztreffen in diesem Jahr.

Diesmal war der Abend sehr spannend und vollgepackt, um alle Tagesordnungspunkte zu berücksichtigen, zugleich wurde es auch emotional als wir

unsere langjährige Vorsitzende Annette Arnold in den Ruhestand und damit aus dem Amt der örtlichen Vorsitzenden verabschiedeten. Sie hat nicht nur gewerkschaftlich sondern auch persönlich mit großem Herzen enorme Fußstapfen hinterlassen. In diesem Sinne war die anschließende Neubesetzung zum neuen Vorsitz eine herausfordernde Aufgabe, die es zu erfüllen galt. Es fand sich erfreulicherweise gleich eine ganze Reihe an interessierten Menschen, die sich für die örtliche Gruppe München engagieren wollten und zur Wahl stellten. Schließlich wurde die neue Leitung gewählt, bewusst paritätisch als Doppelspitze angelegt: Sonja Rausch bringt sich neu ein, Boris Maschke rückt mit breitem Rückhalt von der Stellvertretung zur Leitung auf. Sie werden von Nurgül Seker und Juri Wostal vertreten. Sogar ein Repräsentant aus dem Jobcenter, Herr Gilbert, sitzt künftig dem Gremium bei.

Wir hatten alle wieder einen gelungenen Abend in einer Gruppe zum Wohlfühlen. Der neue Vorstand freut sich auch schon sehr auf die gemeinsame Arbeit.



Die neue Leitung der örtlichen Gruppe München.

Foto: Boris Maschke

150 Jahre Mitgliedschaft

Ehrungen in München

Auch in diesem Jahr konnten wir wieder langjährige Mitglieder ehren.

Am 6. Mai besuchten Robert Kailer (Seniorenvertreter) und Annette Arnold (örtliche Vorsitzende) den 88-jährigen Klaus Richter (zuletzt Vorprüfungsamt), um ihn für 60 Jahre Mitgliedschaft zu ehren. Neben einem Blumenstrauß und einem gut gefüllten Dallmayr-Rucksack erhielt Herr Richter noch seine Urkunde. Bei Kaffee und Kuchen plauderten sie gemeinsam mit seiner Frau Ilse über alte Zeiten. Dazu gab es zur Feier des Tages noch ein Gläschen Champagner.

Hans Nagl erhielt für 40 Jahre Mitgliedschaft seine Urkunde und ein Gutscheinbuch per Post. Er hat sich sehr gefreut und sich bei der vbba bedankt.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden Ansa Öztürk und Christian Hanwalter mit Urkunde und Gutscheinbuch geehrt.

Text: Annette Arnold



Robert Kailer (links) gratuliert Klaus Richter zum 60jährigen Jubiläum.

Foto: Annette Arnold

Nürnberg

Jahreshauptversammlung in Nürnberg

Claudia Morawietz durfte als Vorsitzende der regionalen Gruppe am 19. November traditionell in der Kantine der Agentur für Arbeit Nürnberg weit über 50 Mitglieder zur Jahreshauptversammlung der regionalen Gruppe Nürnberg begrüßen.

Dabei informierte sie über aktuelle Neuigkeiten und Änderungen in der vbba. Auch der vergangene Tarifaabschluss, die noch ausstehende Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten und das Thema Beihilfe kamen dabei nicht zu kurz.

Ein erstes Highlight des Abends war, dass die örtliche Gruppe Nürnberg auch in diesem Jahr wieder als **Gruppe mit den meisten Neumitgliedern** im vergangenen Geschäftsjahr **in Bayern** ausgezeichnet werden konnte.

In ihrer Funktion als Landesvorsitzende prämierte Claudia Morawietz auch den **besten bayerischen Einzelwerber mit Florian Buckenleib** und überreichte ihm ein Präsent der Landesgruppe Bayern.

Ebenso gab es von der Landesgruppe ein kleines Dankeschön für die Kollegen **Florian Buckenleib und Thorsten Lechner**, die sich in Bayern als **Streikkoordinatoren** zur Verfügung gestellt haben.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die die vbba im Personalrat der AA Nürnberg



Foto: Michael Langwucht

vertreten, gab es ebenfalls ein kleines Dankeschön der örtlichen Gruppe für das Engagement.

Besondere Ehrungen:

Für **40 Jahre Mitgliedschaft** in der vbba wurden die beiden Kollegen **Claus Rubow** und **Wolfgang Kroher** mit der Ehrenurkunde und einem entsprechenden Präsent ausgezeichnet. In ihrer kurzen Dankesrede betonten beide die gute Entwicklung der vbba in den letzten 40 Jahren vom Beamtenbund zur modernen Gewerkschaft.



Ebenfalls für 40 Jahre Mitgliedschaft wurde **Gabi Wellmann** im Nachgang geehrt. Auch ihr konnte durch die beiden örtlichen vbba Vertreter Claudia Morawietz und Michael Langwucht die Urkunde und ein Geschenkpaket überreicht werden.



Fotos: Michael Langwucht

Ein weiterer Höhepunkt des Abends war die Ehrung des Kollegen **Werner Mösel**, der seit unglaublichen **60 Jahren** der vbba angehört.

Neben einem Präsent mit italienischen Köstlichkeiten und einer vbba Tasse wurde ihm die Urkunde für 60 Jahre Mitgliedschaft und langjährige Treue ausgehändigt.



Claudia Morawietz, Claus Rubow, Werner Mösel, Wolfgang Kroher und Michael Langwucht.

Foto: Petra Fraas

Nach den Ehrungen ließen sich die Mitglieder fränkisch/bayerische Köstlichkeiten schmecken und nutzten die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen und auch alte Erinnerungen auszutauschen. Der Abend endete mit einem gemütlichen Beisammensein, bei dem viele der langjährigen Mitglieder und auch neue Gesichter die Gelegenheit hatten, in entspannter Atmosphäre zu plaudern und die Gemeinschaft in der vbba weiter zu fördern.

Text: Claudia Morawietz

Hof

„Orange Day“ in der regionalen Gruppe Hof



Foto: vbba Hof

Jährlich am 25. November findet der sogenannte „Orange Day“ statt, der internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die Farbe Orange ist weltweit zum Symbol für Hoffnung und für ein Leben frei von Gewalt geworden!

Diese weltweiten Aktionstage sind mehr denn je notwendig, da leider Gewalterfahrungen auch in Deutschland für viele Frauen zur bitteren Realität gehören – im Privatleben, am Arbeitsplatz oder auch im alltäglichen Umfeld.

Unsere vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales und die BA kommunizieren klar: **NULL TOLERANZ** gegen jegliche Form von Gewalt, Anfeindungen und Bedrohungen!

Die regionale Gruppe Hof hat an diesem Tag Gespräche dazu in der Kantine geführt und orange Früchte verteilt, um sichtbar auf das Thema aufmerksam zu machen.

Danke an alle für ihre Unterstützung!

Text: Susanne Oppermann

RD Baden-Württemberg

Mitgliederversammlung

Nach dem gemeinsamen Besuch des Weihnachtsmarktes am 2. Dezember fand zwei Tage später die jährliche Mitgliederversammlung der vbba-Gruppe Regionaldirektion Baden-Württemberg statt. Mike Paulsen begrüßte als Vorsitzender 23 Mitglieder, informierte über den Landesgewerkschaftstag und erläuterte den Ablauf der Tarifrunde. Aus der Bundesleitung gab Harry Annuß einen Einblick in aktuelle Themen wie ggf. anstehende Satzungsänderungen.

Danach fanden turnusmäßig die Wahlen statt. Alle Funktionsträger wurden wieder gewählt: Mike Paulsen als Vorsitzender, Kerstin Krahl als stellvertretende Vorsitzende, Claudia Ambs als Ansprechpartnerin Frauen, Harry Annuß als Ansprechpartner SGB II und Armin Utz als Seniorenvertreter.

An den Infoblock schloss sich eine kleine Tombola für alle Mitglieder an. Danach widmete man sich dem leckeren Weihnachtsessen aus der Kantine der RD BW. Außerdem wurden Gerd Entenmann und Annette Gerz für ihre 25-jährige Mitgliedschaft in der vbba geehrt.

Text: Mike Paulsen

Gruppenfoto der teilnehmenden Mitglieder.

Foto: Mike Paulsen



Der Vorsitzende Mike Paulsen mit Gerd Entenmann.

Foto: Mike Paulsen



Stuttgart

Gruppe Stuttgart: 450. Mitglied

Weiterer Meilenstein erklommen –
neues Ziel 500 ausgerufen –
Status als Deutschlands Nummer 1 ausgebaut

Junge Kollegin aus dem Internen Dienstbetrieb trat „zum richtigen Zeitpunkt“ ein.

Quasi als vorgezogenes Weihnachtsgeschenk erreichte die Gruppe Stuttgart zum **01.12.2025** ihr selbstgestecktes Ziel. Wir begrüßten unser **450. Mitglied**. Die Kollegin Samantha Meyer war die „**Glückliche**“. Damit haben wir einen weiteren Meilenstein erklommen – klar, dass wir uns nun ein neues Ziel für 2026 setzen. Wir möchten die unglaubliche Zahl von 500 Mitgliedern dieses Jahr erreichen. An der Stelle möchte ich allen unseren engagierten Mitgliedern danken, die diese Entwicklung möglich machen.

Die Kollegin **Samantha Meyer** hat nach ihrer Ausbildung als Rechtsanwaltsfachangestellte als Fachassistentin in der Eingangszone im Jobcenter Esslingen begonnen. Nach einer erfolgreichen Personalentwicklungsmaßnahme arbeitete sie bis zum 31.08.2025 als Arbeitsvermittlerin. Zu uns kam sie am 01.09.2025 im Rahmen einer PE zur Teamleiterin im Internen Dienstbetrieb. Wir gehen davon aus, dass die PE erfolgreich endet. Darüber hinaus ist ihr Wunsch, dauerhaft in der AA Stuttgart zu verbleiben. Dafür drücken wir ihr ganz fest die Daumen. Bis zum Ende des Jahres war sie noch festes Mitglied im Personalrat des Jobcenters Esslingen. Sie hatte immer wieder vor, in die vbba einzutreten, was nun glücklicherweise geklappt hat. Insofern hat sie alles richtig gemacht, mit ihrer Mitgliedschaft.

Wir haben die Kollegin für die Personalratswahlen 2028 auf dem Schirm und freuen uns auf ihre Kandidatur.



Fotos: Samantha Meyer

Am Faschingsdienstag 17. Februar konnten wir den großen Anlass endlich entsprechend feiern. Die junge Kollegin erhielt einen Wunschgutschein, einen Blumenstrauß und eine selbstkreierte Torte. Für die Kollegin **Meyer** war es ein besonderer Tag; sie hatte in ihrem Leben noch nie was gewonnen. Sie war sichtlich gerührt.

Mit dabei bei den Feierlichkeiten war der Stellvertretende Gruppenvorsitzende und stellvertretender vbba-Landesvorsitzende **Marius Baisch** und der vbba Gruppenvorsitzende und Erster Stellvertretende Landesvorsitzende **Roger Zipp**.

Das wir uns auf dem Erfolg nicht ausruhen ist selbstredend. Wer uns kennt, weiß, dass wir uns immer neue Ziele setzen. Insofern sind wir optimistisch, dass wir unsere Erfolge bei den Jugendwahlen wiederholen können. Die „Aktion 500. Mitglied“ wurde ausgerufen. Wir sind sicher, dass wir bis Ende des Jahres diese Schallmauer durchbrechen.

Mit der jetzigen Zahl an Mitgliedern haben wir unseren Status als größte vbba Gruppe deutschlandweit weiter ausgebaut.

Deswegen der Aufruf an alle (noch) nicht vbba-Mitglieder; kommt zu uns und verstärkt uns, wir schaffen Gemeinschaft und gelebte Solidarität.

Text: Roger Zipp, Gruppenvorsitzender vbba Stuttgart

Hamburg

vbba Gruppe Hamburg steuert auf 300 Gewerkschaftsmitglieder zu!

Mitgliederversammlung und gemeinsames Weihnachtssessen

Die Mitgliederversammlung 2025 fand am 13. November erneut im charmanten und traditionsreichen Restaurant „Hafenwirtschaft“ an den Landungsbrücken im Hamburger Hafen statt – ein Ort, der mit seinem maritimen Flair die perfekte Kulisse für unsere Versammlung bot.

Um die starke vbba-Gruppe Hamburg mit ihren knapp 300 Mitgliedern auch weiterhin wirkungsvoll zu vertreten, wurden die vielfältigen Vorstandspositionen von unseren Mitgliedern bestätigt und neu besetzt. So bleibt unser Vorstand breit aufgestellt und bereit, die Interessen aller engagiert zu vertreten.

Die Wahl leitete und protokollierte souverän das Duo Anneliese Wilke und Toni Berger.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Vorsitzender: **Torsten Hacker**
- erster stellv. Vorsitzender: **Daniel Schmid**
- zweiter stellv. Vorsitzender: **Torsten Gerlach**
- Schatzmeister: **Holger Brüssow**
- Beisitzerin (Marketing): **Silke Blohm**
- Beisitzer (Streikleitung): **Hakan Demirel**
- Beisitzerin (Jugend): **Celine Chittka**
- Beisitzerin (Jugend): **Laura Pemper**
- Beisitzerin (Jugend): **Berat Ramadani**
- Beisitzerin (Frauen): **Antje Ruckenbiel**
- Beisitzer (Senioren): **Stefan Lindszus**
- Beisitzerin (Marketing/Protokoll): **Nancy Dreier**
- Beisitzer (IT/Ablage/Verteiler): **Stefan Busch**
- Beisitzer (IT/Ablage/Verteiler): **Nils-Holger Hermans**



Blick aus der Gastronomie „Hafenwirtschaft“ auf den Hamburger Hafen

Folgende Kolleginnen und Kollegen übernehmen für die vbba Gruppe Hamburg die Kassenprüfung:

Nina Nachtigall, Manfred Dannhäuser, Kristina Wittmann

Wir wünschen allen Funktionsträgerinnen und -trägern viel Freude und Erfolg bei ihren Aufgaben!

Damit wir auch künftig eine optimale Betreuung und Gewinnung neuer Mitglieder gewährleisten können, ist es unerlässlich, die Pflege der Schaukästen und Wandtafeln sowie die Verteilung von Werbemitteln in unseren rund 40 Liegenschaften im Hamburger Raum (SGB II + III, IntS/Famka) sicherzustellen. Angesichts der Vielzahl an Häusern sind neben dem Vorstand weitere freiwillige Helferinnen und Helfer gefragt.

Auf der Mitgliederversammlung konnten bereits viele neue Unterstützerinnen und Unterstützer gewonnen werden – weitere helfende Hände sind jederzeit herzlich willkommen!



Blick auf den Eingangsbereich der Gastronomie „Hafenwirtschaft“

Neben abwechslungsreichen Berichten und Wortbeiträgen standen folgende Themen im Fokus:

- Landesgewerkschaftstag Nord 2025 in Schwerin (u. a. Vereinsrecht, Weiterentwicklung der Geschäftsstelle der vbba)
- Personalversammlung der Agentur für Arbeit Hamburg am 15.10.2025 (Desksharing, Beratung und Videokommunikation)
- Personalversammlung des Jobcenters team.arbeit.hamburg am 13.11.2025 (Baumaßnahmen, Liegenschaftsumzüge, persönliche Beratung der Kundschaft, vbba Vertrauensperson/SBV Torsten Gerlach zum Thema „unsichtbare Behinderungen“)
- Mitgliederentwicklung und Vorstandssitzungen (drei Veranstaltungen)

Ein besonderer Tagesordnungspunkt war die Vorstellung der dbb Vorteilswelt mit ihren vielfältigen Vorteilen und Vergünstigungen.

Wie in den vergangenen Jahren fand die Mitgliederversammlung ihren gelungenen Abschluss bei einem gemeinsamen Weihnachtsessen – eine wunderbare Gelegenheit zum Austausch, Netzwerken und gemütlichen Beisammensein.

Text: Holger Brüssow

Flensburg

Leuchtfleur im Norden

Die vbba-Gruppe Flensburg feiert ihr 200. Mitglied



Lara Sophie Petersen, Sarah Busack und Stella Schloßmacher (von links) freuen sich, dass die vbba-Gruppe Flensburg jetzt mehr als 200 Mitglieder hat.

Foto: Andreas Fricke

Unsere Studierende Sarah Busack ist das strahlende 200. Mitglied und mit ihr freuen sich die Studierenden Lara Sophie Petersen und Stella Schloßmacher, die ebenfalls Mitglieder wurden.

Die vbba-Vorteile, insbesondere die tollen Zuschüsse der vbba-Gewerkschaft Arbeit und Soziales für ihre studierenden Mitglieder wie Literaturzuschüsse und Zuschüsse für den Druck und die Bindung der Bachelorarbeit, waren gute Argumente, um die vbba-Mitgliedschaft zu empfehlen.

Im Gebiet der vbba-Flensburg gibt es im Verhältnis zu den Beschäftigten besonders viele Mitglieder, also einen „hohen Organisationsgrad“, wie es so schön heißt. Klar sind wir stolz darauf, dass wir als vbba-Hochburg so ein echtes Leuchtfleur der vbba im Norden sind!

Der Agenturbezirk Flensburg, auf den sich die vbba-Gruppe bezieht, hat so manche Besonderheit.

Der Bezirk grenzt im Norden komplett an Dänemark, im Westen an die Nordsee und im Osten an die Ostsee. Also eine vbba-Gruppe von Küste zu Küste! Nur im Süden des Bezirks gibt es dann die nächsten, angrenzenden Agenturbezirke.

Und während es in der kreisfreien Stadt Flensburg (Flensburg hat knapp unter 100.000 Einwohner) ein Jobcenter als gE (gemeinsame Einrichtung) gibt, so sind die beiden großen Landkreise in dem Gebiet, Kreis Nordfriesland und Kreis Schleswig-Flensburg, hingegen sogenannte optierende Kommunen.

Hier in den Landkreisen sind auch die Geschäftsstellen zu finden: Schleswig, Kappeln (Ostsee), Tönning, Husum (Nordsee), Niebüll und Westerland/Sylt.

Und zum Glück gibt es überall fröhliche vbba-Mitglieder, auch in der Familienkasse und allen anderen Bereichen! Denn das ist klar: gemeinsam kann mehr erreichen als allein, und es macht auch einfach viel mehr Freude!

Text: Jan Kaiser

Jena

Mitgliederversammlung in Jena

Gemeinsam stark! Neuer Vorstand gewählt.

Am 19. Januar fand unsere Mitgliederversammlung in Jena im Jembo Park statt – mit vielen wichtigen Themen, konstruktivem Austausch und richtungsweisenden Entscheidungen für die Zukunft unserer Arbeit.

Im Rahmen der Versammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt:

Vorsitzender: **Simon Peters**

Stellvertretender Vorsitzender: **Marco Erler**

Weitere Beisitzer/innen:

Matthias Wanka, Claudia Benkwitz und Kristin Arnold

Unsere bisherige Vorsitzende Kristin Arnold ist nicht erneut für diesen Job angetreten. Um Überschneidungen im gewerkschaftlichen Kontext künftig zu vermeiden, wird der Vorsitz nun von Simon Peters übernommen. Ebenso scheiden Brigitte Goertz, Andrea Loose und Andrea Jahn aus. Für ihr großes Engagement und die geleistete Arbeit sagen wir herzlich Danke!

Thematisch war die Sitzung breit aufgestellt und hochaktuell. Unter anderem ging es um neue Informationen zum Tarifvertrag in der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern, weiterhin offene Fragen zur amtsangemessenen Alimentation, die laufenden und anstehenden Tarifverhandlungen der Länder, zu denen auch in Thüringen in nächster Zeit Aktionen geplant sind (die vbba wird diese solidarisch unterstützen), sowie interne Themen der Vorstandsarbeit, darunter Mitgliederwerbung, Mitgliedergewinnung und die Vorteile einer starken Gewerkschaftsmitgliedschaft.



vbba Gruppen



Fotos: Kristin Arnold

Vielen Dank an alle Teilnehmenden für die engagierte Diskussion und den offenen Austausch. Gemeinsam setzen wir uns weiterhin für gute Arbeitsbedingungen und eine starke Interessenvertretung ein!

Text: Kristin Arnold

Berlin Süd

„High Five“ in Berlin Süd

Starker vbba-Auftritt auf Personalversammlungen

Auf allen fünf Personalversammlungen in Berlin Süd gibt im letzten Quartal des Jahres die vbba ihre Visitenkarte ab. An Informationsständen in den Foyers können sich die Beschäftigten nicht nur informieren, sondern erhalten auch nützliche Broschüren und Giveaways mit vbba-Branding. Auf den Bühnen der Personalversammlungen geben sich Thorsten Wils, Vorsitzender der örtlichen Gruppe Berlin Süd, und seine Mitstreiter kämpferisch, liefern Gastbeiträge zu aktuellen Themen wie zur Sicherheit der Beschäftigten und zur Tarifrunde im TV-L.

Thorsten Wils gibt bei den Personalversammlungen in den Jobcentern Steglitz-Zehlendorf und Neukölln sein Stelldichein. Fürs gewerkschaftliche Ehrenamt nimmt der Gruppenvorsitzende, der im Jobcenter Treptow-Köpenick tätig ist, eigens Ausgleichstage aus seinem Mehrarbeitskontingent. Denn im Gegensatz zu den Großgewerkschaften verfügt die vbba über keine bezahlten hauptamtlichen Funktionäre. Das Engagement findet ausschließlich ehrenamtlich statt. „Dadurch garantieren wir einen fairen Beitrag und sind als Beschäftigte näher dran an den Problemen unserer Mitglieder“, führt Thorsten Wils in seinem Redebeitrag die Vorteile der „Mitmachgewerkschaft“ an. Die vbba sei zudem die einzige Fachgewerkschaft für alle Beschäftigten der Arbeitsagenturen, Jobcenter und Familienkassen.

Umfassend stellt Thorsten Wils auf dem Podium das Produktportfolio dar, das die vbba ihren Mitgliedern bietet. Dazu gehören Rechtsberatung und Rechtsschutz sowie Seminare für Personalräte, Schwerbehindertenvertretende oder Gleichstellungsbeauftragte. Ebenfalls enthalten sind eine Freizeit-Unfallversicherung und Sonderkonditionen für Mitglieder. Preisvorteile und Rabatte finden sich im dbb Vorsorgewerk, beim dbb Auto-Abo, bei der Studiokette Hansefit und in der dbb Vorteilswelt.

Thorsten Wils weist auf eine Reihe von Informationskanälen hin, die den Mitgliedern in Print und Online zur Verfügung stehen, wie das vbba-Magazin, die Homepage und Social-Media-Plattformen. Bei den Personalversammlungen steht aufgrund der jüngsten Ereignisse das Thema Sicherheit im besonderen Fokus. Hierzu stehen an den Informationsständen die Ausgaben von vbba aktuell und weitere Beiträge zur Verfügung.

Die vbba unterstützt ihre Mitglieder natürlich auch bei Arbeitskämpfmaßnahmen durch Streikgeld. „Das Thema ist jetzt wieder brandaktuell“, so Thorsten Wils. In drei Verhandlungsrunden stehe der Einkommenstarifvertrag TV-L auf der Agenda. Dieser betreffe die kommunalen Mitarbeitenden in den Jobcentern, die beim Land Berlin beschäftigt seien.

Bei der Forderungsfindung habe man in sechs Regionalkonferenzen, die in Köln, Mainz, Leipzig, Hamburg, Stuttgart und Nürnberg stattfanden, die Ziele abgestimmt. Immer im Fokus: Mehr Gehalt verbunden mit der Kompensation der inflationär bedingten Reallohnverluste, der Förderung der Arbeitszeitsouveränität, der Aufhebung der Differenzen zum TVöD sowie der Unterschiede zwischen Ost und West.

„Unsere Forderungen sind eine Erhöhung der Entgelte um sieben Prozent, aber mindestens 300 Euro im Monat bei einer Laufzeit von zwölf Monaten, sowie ein zusätzlicher Urlaubstag für Gewerkschaftsmitglieder“, erklärt Thorsten Wils. Die drei Verhandlungsrunden würden von Demonstrationen und Warnstreiks begleitet. Den Gewerkschaftsaufzuruf zum Streik dürfen alle Arbeitnehmenden folgen, die nach TV-L bezahlt werden. „Aber nur die Gewerkschaftsmitglieder erhalten während des Ausstands auch Streikgeld.“ Um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, seien auch die Beamten und BA-Beschäftigten aufgefordert, sich zu beteiligen. Letztere unterlägen der Friedenspflicht, würden aber ebenso wie viele Beamte aus Solidarität einen Gleit- oder Urlaubstag nehmen. „Denn nur zusammen sind wir stark“, hebt Thorsten Wils hervor. Entgegen den Tarifverhandlungen beim TVöD gebe es beim TV-L kein Schlichtungsverfahren. „Entweder wird eine Einigung erzielt oder es droht ein unbefristeter Streik“, so Thorsten Wils. „Wir kämpfen gemeinsam für eine faire Bezahlung in den Jobcentern.“

Text: Bernhard Brügger



vbba zu Gast auf den PV-Bühnen Berlin Süd

Agentur für Arbeit Berlin Süd: Yvonne Bredereck (Stand)

Jobcenter Neukölln: Thorsten Wils (Podium/Stand) und Thorsten Craz (Stand)

Jobcenter Tempelhof-Schöneberg: Friedrich Glados (Podium/Stand) und Stephan Grammenz (Stand)

Jobcenter Treptow-Köpenick: Barbara Haak (Podium), Bernhard Brügger (Stand)

Jobcenter Steglitz-Zehlendorf: Thorsten Wils (Podium/Stand), Nanette Ummerlee (Stand)



Yvonne Bredereck und Andrea Vallon (GIS Berlin) am vbba-Stand auf der Personalversammlung der Agentur für Arbeit Berlin Süd im Cineplex Neukölln Arcaden.

Foto: Thorsten Wils



Thorsten Craz und Annabell Walter, stellv. PR-Vorsitzende im Jobcenter Neukölln, auf der Personalversammlung im CineStar Cubix am Alexanderplatz.

Foto: Thorsten Wils



Friedrich Glados (r.) und Stephan Grammenz am vbba-Stand auf der Personalversammlung des Jobcenters Tempelhof-Schöneberg im Zoo Palast.

Foto: Bernhard Brügger



Chris Heldt, Janina Ronacher, Barbara Haak und Bernhard Brügger (v.l.) auf der Personalversammlung vom Jobcenter Treptow-Köpenick im Bunsensaal Adlershof.

Foto: Bernhard Brügger



Nanette Ummerlee und Thorsten Wils vertreten die vbba auf der Personalversammlung des Jobcenters Steglitz-Zehlendorf.

Foto: Thorsten Wils



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Deine Vorteile als Mitglied in der vbba:

- Rechtsberatung und Rechtsschutz
- Bei Arbeitskampfmaßnahmen Unterstützung im Rahmen der Arbeitskampfordnung der vbba (z. B. Streikgeld)
- Seminare
- Informationen, bspw. über das vbba Magazin, vbba aktuell oder die vbba App
- Freizeit-Unfallversicherung
- Auslandskrankenversicherung
- Exklusive Sonderkonditionen und attraktive Preisvorteile

Ist dein Interesse geweckt?

Besuche gerne unsere Website oder folge uns in den sozialen Netzwerken.



Ein persönlicher Ansprechpartner in deiner Landesgruppe steht dir ebenfalls zur Verfügung!

Wir freuen uns auf dich!

www.vbba.de



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Die **aktuellen Beiträge** finden Sie unter

<https://www.vbba.de/mitgliedschaft/beitraege/>

Seminarwesen

Seminare – Termin-Übersicht 2026

Zeitraum	Kennziffer	Bezeichnung	Ort	Preis je TN
04.05.-06.05.2026	26 BR 1 N	Grundlagenseminar „Beamtenrecht“	Nürnberg	750,00 €
18.05.-22.05.2026	26 P 23 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €
01.06.-05.06.2026	26AS1W	Grundlagen des Arbeitsschutzes für PR, SBV, Gleib	Wangels	1.429,50 €
08.06.-12.06.2026	26 P 12 N	Grundlagenschulung BPersVG PR1	Nürnberg	1.250,00 €
08.06.-12.06.2026	26 P 24 W	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Wangels	1.389,50 €
15.06.-17.06.2026	26 FS 11 N	Fachseminar „Wissenswertes zur Arbeitszeit“	Nürnberg	750,00 €
22.06.-24.06.2026	26 FS 12 W	Fachseminar „Wissenswertes zur Arbeitszeit“	Wangels	750,00 €
22.06.-26.06.2026	26 JAV 11 N	Grundlagenschulung BPersVG für JAV	Nürnberg	1.250,00 €
01.07.-03.07.2026	2026B115EK	Interessantes für Seniorinnen und Senioren	Fulda	160,00 €
24.08.-28.08.2026	26 JAV 12 N	Grundlagenschulung BPersVG für JAV	Nürnberg	1.250,00 €
02.09.-04.09.2026	26 TV 1 N	Grundlagenseminar „Tarifrecht TV-BA“	Nürnberg	750,00 €
07.09.-11.09.2026	26 P 25 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €
21.09.-25.09.2026	26 JAV 13 N	Grundlagenschulung BPersVG für JAV	Nürnberg	1.250,00 €
05.10.-09.10.2026	26 P 26 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €
02.11.-06.11.2026	26 P 27 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €

Anmeldungen an:

vbba-Bundesgeschäftsstelle,
Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg

oder **per Fax** 0911 - 4800663

oder **per E-Mail** an info@vbba.de

Nähere Informationen
und Hinweise finden Sie auf unserer
Homepage **www.vbba.de**!

Sollte für Sie kein passendes Angebot
dabei sein, wenden Sie sich bitte
dennoch an uns! Wir werden versuchen,
Ihnen ein Angebot zu unterbreiten.



**Das Seminarangebot
der vbba finden Sie hier**

Über die
Erforderlichkeit und
Notwendigkeit von
Schulungen für
Personalräte informiert
das BMI-RdSchreiben
vom 06.05.2022,
hier zu finden



Wissenswertes über die vbba auch unter **www.vbba.de**



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

vbba auf Instagram

Aktuelle Informationen direkt aufs Handy



Endlich ist es so weit:

Die vbba als Fachgewerkschaft für die Beschäftigten der BA, der Jobcenter und der Familienkassen ist ab sofort auch auf **Instagram** vertreten!

Dort versorgen wir Euch regelmäßig mit aktuellen Neuigkeiten, Einblicken in unsere Arbeit, Infos zu Tarif- und Berufsthemen sowie Eindrücken aus dem Gewerkschaftsalltag.

Schaut vorbei, bleibt auf dem Laufenden – und folgt uns, um nichts zu verpassen!

Wir freuen uns auf Euch!

► QR-Code scannen

Den QR-Code mit der Kamera des Smartphones scannen und dann auf den erscheinenden Link tippen.

► Link direkt auf dem Smartphone öffnen

Unsere Instagram-Seite findet Ihr auch über https://www.instagram.com/vbba_bund

www.vbba.de

ABO-ABBESTELLUNG

- > Sie möchten der Umwelt einen Gefallen tun und Papier sparen?
- > Sie möchten früher informiert sein?
- > Sie lesen unser Magazin sowieso bereits digital?



Dann bestellen Sie das Magazin in Papierform ganz einfach ab:
Nutzen Sie dafür unsere Änderungsmitteilung unter www.vbba.de.



Ihre Ansprechpartner/innen in der vbba:

Baden-Württemberg

Christian Löschner
Kernerstr. 2
78652 Deißlingen
Tel.: 07420 4059805
Fax: 07420 4059807
www.vbba-bw.de
info@vbba-bw.de

Bayern

Claudia Morawietz
Agentur für Arbeit Nürnberg
Richard-Wagner-Platz 5
90443 Nürnberg
www.vbba-bayern.de
info@vbba-bayern.de

Berlin-Brandenburg

c/o Lutz Lichtenheld,
Königsweg 7
13507 Berlin
www.vbba-bb.de
landesgruppe@vbba-bb.de

Hessen

Cosima Eberius
cosima.eberius@jobcenter-ge.de
Landesgeschäftsstelle
Axel Lehmann
Fischteich 13
35043 Marburg
Tel.: 06421 972223
www.vbba-hessen.de
hessen@vbba.de

NSB

Silke Babiel
Erfurter Str. 7
38350 Helmstedt
Tel.: 05351 42341
nsb@vbba.de

Nordrhein-Westfalen

Simone Thölke
Landesgeschäftsstelle
Am Kalkofen 2
51151 Kürten
www.vbba-nrw.de
info@vbba-nrw.de

Nord

Agnes Ranke
Birkenweg 23
24107 Kiel
Tel.: 0151 58800039
www.vbba-nord.de
ranke-vbba-nord@web.de
nord@vbba.de

RPS

Roland Weimer
Gerichtsstraße 7
56414 Wallmerod
0173 8364771
kontakt@vbbarps.de

Sachsen

Landesgeschäftsstelle
Sven Gewand
Parkstraße 2
08132 Mülsen
Tel.: 037601-20951
sven.gewand@vbba-sachsen.de

Sachsen-Anhalt- Thüringen

Kristin Arnold
Dittrichshütter Hauptstraße 5
07318 Saalfeld
Tel.: 0173 6845187
www.vbba-sat.de
vorstand@vbba-sat.de

Zentrale-Services

Heiko Lemke
IT-Systemhaus
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg
Homepage
zs@vbba.de

Scheuen Sie sich nicht, uns zu kontaktieren. Wir freuen uns immer über Interesse und Nachfragen, neue Mitglieder oder konstruktives Feedback zu unserer geleisteten Arbeit. Gern auch Anregungen zu diesem Magazin.

Die neue Ausgabe erscheint im

Juni 2026

**Beiträge erbitten wir bis zum Redaktionsschluss am 21.5.2026
an die Mailadresse redaktion@vbba.de**

Hinweise zum Einsenden von Artikeln für das vbba Magazin:

Artikel bitte in Word, Bilder als .jpg-Datei, Bilder bitte mit dazugehöriger Bildunterschrift und unter Nennung des Inhabenden der Bildrechte.



IMPRESSUM:

vbba Magazin

Herausgeber und Anzeigenwerbung: vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

vbba-Bundesgeschäftsstelle: Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg,
Tel. 09 11 / 48 00 662, Fax 09 11 / 48 00 663, E-Mail: info@vbba.de, Internet: www.vbba.de

V.i.S.d.P.: Christian Löschner (Bundesvorsitzender), Redakteurin: Anja Fischer

Nachdruck von Beiträgen nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Für die Richtigkeit der mit einer Quellenangabe (ohne vbba und dbb) oder mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge wird weder eine Gewähr übernommen noch entsprechen sie in jedem Fall der Meinung der vbba. Das vbba Magazin erscheint vierteljährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck und Layout: sprenger druck, Korbach



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
finanzieren@bbbank.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitsbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind. Änderungen, Anpassungen oder die Einstellung des Angebots bleiben vorbehalten.